

Spannungen und Rückgang 1905 bis 1914

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel**

Band (Jahr): **161 (1983)**

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Spannungen und Rückgang 1905 bis 1914

Spaltung der Partei

Die Statutenrevision von 1904/05

1903 stellte der freisinnige Verein des Stadtquartiers den Antrag, die Statuten so zu ändern, dass mehr Vereinsmitglieder in die Parteileitung berufen würden. Die Grossräte sollten nicht mehr als Delegierte der Quartiervereine gewöhnlichen Mitgliedern den Einsitz in die Delegiertenversammlung versperren; Grossräte sollten ex officio Mitglieder der Delegiertenversammlung sein. Die Delegiertenversammlung trat auf den Antrag nicht ein.¹ Da weitere Quartiervereine die gleichen Forderungen erhoben, beschloss der Parteiausschuss aber ein halbes Jahr später, die Quartiervereine einzuladen, Wünsche für eine Statutenrevision bis Ende Oktober einzureichen.²

Ein Vorfall bestärkte die Quartiervereine in ihrer Kritik: Die auf den 19. August 1904 vorgesehene Delegiertenversammlung konnte nicht abgehalten werden, weil sich zu wenig Delegierte einfanden. Die meisten Quartiervereine wiederholten in ihren Eingaben den Antrag des Stadtquartiervereins vom vorigen Jahr, als erster und am gründlichsten der freisinnig-demokratische Verein des Steinenquartiers, dessen Präsident Dr. Oscar Schär erklärte, die Quartiervereine hätten die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Als sie 1893/94 geschaffen worden seien, habe man von ihnen eine energische Stärkung der Partei erwartet. Aber die Partei sei zurückgegangen; einige Quartiervereine vegetierten dahin. Die kräftigeren stellten oft ihre Quartierorganisation und die Quartierinteressen über die Interessen der gesamten Partei. Es sei mühsam, Vorträge über Abstimmungsvorlagen an fünf bis sechs Orten vor geringer Zuhörerschaft zu wiederholen.

Schär wollte dem einfachen Parteimitglied die Möglichkeit geben, in allen wichtigen Angelegenheiten mitzureden und mitzuentcheiden. Er hatte gerade zwei Vorschläge zur Hand. In der ersten Eingabe redete er einer gemässigten Reform das Wort. Erstens sei die Delegiertenzahl zu erhöhen (Beibehaltung des Quotienten – ein Delegierter auf zehn Quartiervereinsmitglieder –, aber Grossräte ex officio Delegierte), und zweitens seien die Kompetenzen der Delegiertenversammlung zu vermehren. Sie solle nicht nur zu Wahlen und Abstimmungen Stellung nehmen, sondern Gesetzesentwürfe vorbesprechen, und zwar bevor «die einflussreichen Führer», der Verein freisinniger Grossräte, sich festgelegt hätten.³ Im

¹ DV 23.9.03

² PA 28.4.04

³ Freisinnig-demokratischer Verein des Steinenquartiers an den PA der FdP BS 18.9.04

zweiten Schreiben unterbreitete er einen Radikalvorschlag: Erstens sei die Delegiertenversammlung abzuschaffen (sie sei nur in grossen Kantonen nötig), und zweitens sei der Parteitag in ein tätiges Sammelorgan umzuändern. Die Vorträge über allgemeine kantonale und eidgenössische Politik sollten – zur Entlastung der Quartiervereine – am Parteitag gehalten und dieser im Winter einmal monatlich einberufen werden.⁴

An der Versammlung, die der Parteiausschuss mit den Präsidenten und weiteren Vorstandsmitgliedern der Quartiervereine abhielt, unterstützte nur Rothenberger vom St. Albanquartier Schärs Antrag auf Abschaffung der Delegiertenversammlung. Beschlossen wurde einzig, dass die Grossräte als Delegierte zuzuziehen seien.⁵ Die Delegiertenversammlung lehnte endgültig die Schaffung der Parteiversammlung als neues Organ ab.⁶ Um die Quartiervereine zu stärken, verpflichtete man sie – und auch die Jungfreisinnige Vereinigung und den Centralverein, die eben als Vereine aufgenommen worden waren –, in den Jahren, in welchen die Grossratswahlen stattfanden, ihren Vorstand für drei Jahre zu bestellen.

Die Delegiertenversammlung hatte zusammenzutreten, sooft der Parteiausschuss es für nötig erachtete oder der vierte Teil der Delegierten oder zwei Vereine es verlangten. Aus dem Entwurf wurde die Verpflichtung der Delegiertenversammlung gestrichen, dem Parteitag für die ihm übertragenen Wahlen Vorschläge zu machen; das Vorschlagsrecht blieb bestehen.

Der Parteiausschuss wurde gewichtig erweitert. Präsident und elf Mitglieder waren von der Delegiertenversammlung zu wählen; ausserdem gehörten ihm wie bisher die freisinnigen Vertreter Basels in der Bundesversammlung an. Neu wurden hinzugezogen die Präsidenten der Quartiervereine und der zentralen Vereine, falls diese Organisationen mehr als 100 Mitglieder aufwiesen.

Die Macht des Parteiausschusses wurde noch mehr verstärkt. War er von 1899 an nur in dringenden Fällen ermächtigt gewesen, Wahlvorschläge der Quartiervereine abzuändern, so hatte er von 1905 an die Wahlvorschläge für die Grossratswahlen endgültig festzulegen – unter möglicher Berücksichtigung der Vorschläge der Quartiervereine. Er durfte sogar im Hinblick auf die Grossratswahlen für die Quartiervereine bindende Vorschriften erlassen. Dazu musste er jedoch durch je ein weiteres Mitglied der Quartiervereine verstärkt werden. Schliesslich hatte der Parteiausschuss die richtige Ausführung des Parteiprogramms zu überwachen.

Der Parteitag konnte nun ausser durch die Delegiertenversammlung oder zwei freisinnige Vereine durch den Parteiausschuss einberufen werden. Das Vorschlagsrecht der Delegiertenversammlung schränkte das Recht des Parteitages ein, Kandidaten für Nationalrats-, Ständerats- und Regierungsratswahlen aufzustellen.

⁴ Fd Verein des Steinenquartiers an PA 5.10.04

⁵ PA 7.11.04

⁶ DV 6.3.05

Statuten

des

freisinnig-demokratischen Horburgquartier-Vereins.

Zweck des Vereins.

§ 1.

Der freisinnig-demokratische Horburgquartier-Verein ist eine Vereinigung freisinnig gesinnter Schweizerbürger.

Derselbe ist ein Organ der kantonalen und damit auch der schweizerischen freisinnig-demokratischen Partei.

§ 2.

Der Verein bezweckt:

1. Die fortschrittliche Entwicklung der Institutionen des Bundes und des Kantons auf politischem, volkswirtschaftlichem und sozialem Gebiete.
2. Die Förderung der Interessen des Horburgquartiers.

Diesen Zweck sucht er zu erreichen:

- a) Durch Besprechung wichtiger Tagesfragen, insbesondere der eidgenössischen und kantonalen Gesetzesvorlagen, Abstimmungen und Wahlen und durch Stellungnahme zu denselben.
- b) Durch Veranstaltung von Vorträgen geschichtlichen, volkswirtschaftlichen und politischen Inhaltes.
- c) Durch Erörterung von Fragen baulichen und wirtschaftlichen Charakters, welche die Interessen Kleinbasels und speziell des Horburgquartiers berühren.

Mitgliedschaft.

§ 3.

Mitglied des Vereins kann jeder stimmberechtigte freisinnige Schweizerbürger werden. Kein Mitglied darf jedoch gleichzeitig einer andern politischen Partei angehören.

Das Bussensystem wurde, weil es schulmeisterlich gewirkt hatte, fallen gelassen.⁷

Dem Parteiausschuss war es gelungen, den Vorstoss zur Demokratisierung abzuschlagen, ja sogar – er hatte dafür eine Vergrösserung in Kauf genommen – seine Kompetenzen zu vermehren. Aber bereits war ein neuer Angriff gegen ihn im Gange.

Die zentralen Vereine

a) Die Jungfreisinnige Vereinigung

Am 22. Dezember 1904 teilten Redaktor Schächli und Dr. V.E. Scherer Parteipräsident Göttscheim mit, dass sich in Basel eine jungfreisinnige Bewegung gebildet habe: «Die Unterzeichneten gestatten sich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, dass sich nach dem Solothurner Vorbilde in Basel eine jungfreisinnige Bewegung gebildet hat mit dem Zwecke, die freisinnige Jungmannschaft zu sammeln und zur Politik heranzuziehen. Indem wir Ihnen hievon Mitteilung machen, drücken wir zugleich die Hoffnung aus, dass dieser Zuwachs der Freisinnig-demokratischen Partei willkommen sein möge».⁸ Schächli und V.E. Scherer erklärten, dass die Jungfreisinnige Vereinigung auf dem linken Flügel der Freisinnig-demokratischen Partei stehe, und baten, im Hinblick auf die laufende Statutenrevision mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Quartiervereine eingeordnet zu werden.⁹ An der von Schächli und Scherer gewünschten Konferenz des Parteiausschusses mit fünf jungfreisinnigen Delegierten prophezeite Dr. O. Schär: «Durch die Gründung der Jungfreisinnigen Vereinigung und ähnlicher politischer Vereine werde den bisherigen Vereinen das Grab geschaufelt.»¹⁰ Trotzdem wurden beide Vereine, die Jungfreisinnige Vereinigung und der Centralverein, in die Partei aufgenommen.

Die Jungfreisinnige Vereinigung betonte in ihren Statuten, dass sie eine «entschlossene und kräftige Sozialreform in Kanton und Bund» anstrebe und dass sie den jüngeren Parteimitgliedern den ihnen gebührenden Einfluss auf das politische Leben verschaffen wolle. Mitglieder konnten sogar junge Leute werden, die noch nicht volljährig waren. Um diese Jungen zu gewinnen, veranstaltete die Vereinigung Kurse für vaterländische Geschichte und Staatskunde und Diskussionsabende über volkswirtschaftliche und soziale Angelegenheiten. Wohl stand auch die Beschäftigung mit den übrigen Gesetzes- und Verwaltungsfragen auf dem Programm; das Schwergewicht war jedoch eindeutig auf das wirtschaftliche und das soziale Gebiet verlegt.

Es waren nicht die einzigen Kennzeichen der Jungfreisinnigen Vereinigung, dass sie auf dem linken Flügel der Partei stand und die junge Generation gegen die

⁷ Statuten der FdP BS 6.3.05

⁸ StA 387 A1 22.12.04

⁹ 10.1.05 an Göttscheim

¹⁰ Konferenz des PA mit fünf Delegierten der Jungfreisinnigen Vereinigung 25.1.05, StA 387 A7

ältere ins Feld führte. Ein weiteres unterscheidendes Merkmal war, dass sie sich von der christlichen Grundhaltung entfernte und sich vornahm, eine freie Weltanschauung zu verbreiten. Ihr höchstes Ziel war, die gesamte Partei auf diesen neuen Kurs zu bringen.

Schon am 3. Februar 1905 setzten die belehrenden Vorträge ein. Das Thema «Die politischen und sozialen Zustände in der Schweiz vor dem Franzosen-Einbruch» deutete auf die gegenwärtigen sozialen Anliegen der Jungfreisinnigen hin. Einen Monat später stellte V.E. Scherer die Postulate für das Arbeitsprogramm der Gesamtpartei auf: Arbeiterschutzgesetz, Normalarbeitstag, Erhebung über die sozialen Verhältnisse, Verbot der Sonntagsarbeit der kaufmännischen Angestellten, Abstufung der Einkommenssteuer bei grosser Kinderzahl.

Um die Hemmnisse, die der rechte Flügel der Partei entgegenstellte, zu überwinden, veranlassten die Basler Jungfreisinnigen eine Konferenz von Vertretern der jungfreisinnigen Vereine der verschiedenen Kantone. So sollte gleichzeitig auf eidgenössischem Gebiet die soziale Aktion vorangetrieben werden. Am 18. Juni 1905 kam dieser Zusammenschluss der jungfreisinnigen und demokratischen Vereine innerhalb der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz in Olten zustande. Vertreten waren die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Stadt, Baselland, Zürich.¹¹ An weiteren interkantonalen Zusammenkünften beschlossen die Jungfreisinnigen, die Initiative für einen Verfassungsartikel «Ausnützung der Wasserkräfte» zu ergreifen.

Am 17. Februar 1907 tat Schäppi den entscheidenden Vorstoss zur Reorganisation der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. An der Delegiertenversammlung der schweizerischen Jungfreisinnigen sagte er: «Verantwortlich zu machen ist für die Zerfahrenheit innerhalb der Partei vor allem der gänzliche Mangel richtiger und regelmässiger Fühlung zwischen Führer und Truppe. Seit der letzten schweizerischen freisinnig-demokratischen Delegiertenversammlung sind volle drei Jahre verflossen!»¹² Er forderte eine straffe Organisation der eidgenössischen Partei mit Delegiertenversammlung, Zentralvorstand und insbesondere einem leitenden Komitee (Präsident, Sekretär, Kassier, vier Beisitzer). Die Parteileitung sollte vermehrte Kompetenzen erhalten; zu diesem Zwecke sei ein ständiges Sekretariat einzurichten, das die Organisations- und Administrationsarbeiten mit vollem Einsatz in die Hand nehmen könne. Dieser Anstoss der Basler Jungfreisinnigen wurde 1914 verwirklicht.

Die Aktivität der Jungfreisinnigen Vereinigung hielt sehr lange an; Jahre hindurch fanden zwei Versammlungen im Monat statt (16 im Jahr), während die Quartiervereine drei oder vier, höchstens fünf durchführten. Die Mitgliederzahlen der Quartiervereine schwankten im Jahr 1908/09 zwischen 50 und 140; die Jung-

¹¹ NZ 18.6.05

¹² NZ 20.2.07

freisinnige Vereinigung hingegen zählte 240 Angehörige. Vom Jahr 1910 an erlahmte der Einsatz für die sozialen Forderungen; immer mehr bekamen die Versammlungen unverfängliche Themen vorgesetzt: Geographie des Balkans, Aufstieg und Niedergang der Türkei, der Krieg von 1912.

b) Der Centralverein

Der Centralverein setzte sich zum Ziel, die Freisinnig-demokratische Partei zu stärken und zu kräftigen, vor allem durch Förderung des gesellschaftlichen Kontakts.¹³

Eine kleinere Anzahl von Parteiangehörigen hatte sich im Winter 1904 wöchentlich in geselligen Sitzungen und zu politischem und persönlichem Meinungsaustausch zusammengefunden. Sie beschlossen, diese freie Einrichtung zu verfestigen: Am 22. Januar 1905 wurde der Centralverein im Hotel Bären gegründet. Er rechtfertigte die Notwendigkeit dieser Gründung mit der Erklärung, die Quartiervereine dienten in erster Linie den Quartierinteressen. Der Parteitag werde fast nie einberufen, ein freier Meinungsaustausch über Parteiangelegenheiten sei an den – seltenen – Parteitagen meist gar nicht möglich. Um die Kontakte mit den Quartiervereinen zu stärken, forderte er die Mitglieder der Quartiervereine zum Beitritt auf. Dass der Centralverein am linken Flügel der Partei stand, zeigt die Bemerkung, der Vorstand erachte eine spätere Verschmelzung mit der Jungfreisinnigen Vereinigung als möglich. Die führenden Männer des Centralvereins, Dr. Oskar Schär, Dr. Friedrich Müller, Dr. Alfred Silbernagel und Dr. Hermann Stumm, hofften mit dem Centralverein die Freisinnig-demokratische Partei zu erneuern: die verlorengegangene Verbindung zu den Wählern wieder herzustellen und die Partei für sozialpolitische Forderungen zu gewinnen.

Der erste Montag jedes Monats wurde für die ordentliche Monatssitzung bestimmt; am Donnerstag von 18 bis 20 Uhr gab es eine zwanglose Vereinigung beim Abendschoppen. Die Referate beschäftigten sich mit den politischen Tagesfragen: Schul- und Universitätsreform, Trennung von Kirche und Staat, Kranken- und Unfallversicherung, Handhabung des Proporzsystems, Anregungen zum Parteiprogramm. Auch der Centralverein ging den Weg der bisherigen freisinnig-demokratischen Vereine: nach einigen Monaten erlahmte das Interesse der Mitglieder; bereits vom Frühling 1906 an nahm die Zahl der Sitzungen ab. Die Klagen der im Stich gelassenen Vorstandsmitglieder wurden immer häufiger: Der Abendschoppen verödete, der Kassier vermochte die Rechnungen nicht mehr zu bezahlen und musste einen Sonderbeitrag von Fr. 10.– von jedem Vereinsangehörigen erheben. Damit die Referate den Wünschen der Mitglieder entsprachen, bat sie der Vorstand um Vorschläge; auf die 80 Zirkulare ging keine einzige Antwort ein. Im Jahr

¹³ Protokoll des Freisinnig-demokratischen Centralvereins 1905–1910, StA 387 A6

1908 sank die Zahl der Teilnehmer an den Sitzungen unter 20, und der Vorstand musste bekennen, keinen Referenten gefunden zu haben. «Herr Dr. Holzach glaubt, dass das Interesse für den Verein abgenommen habe und es daher schwer sein werde, geeignete Referenten zu finden, die sich hergeben, vor leeren Bänken Vorträge zu halten.»¹⁴

Am 8. April 1910 hielt Dr. Max Gisi einen Vortrag über Schiedsgerichte und Einigungsämter vor drei Vorstands- und drei Vereinsmitgliedern. Im Bericht einer Zeitung stand: «An den Vortrag schloss sich eine rege Diskussion an.»¹⁵ Das Protokollbuch des Centralvereins schliesst: «Eine Neuwahl des Vorstandes konnte infolge der schwachen Beteiligung nicht stattfinden, worauf der Herr Präsident ersucht wurde, Protokoll und Kassabestand nebst kurzem Bericht an den Vorstand der Freisinnig-demokratischen Partei abzuliefern und ihr zur Verfügung zu stellen.»¹⁶ Der Kommentar des Protokollführers schätzte die Lage richtig ein: «Das Sinken des Vereins ist eine Folge der allgemeinen Lage der Freisinnig-demokratischen Partei. Es fehlt eben derselben ein allgemeiner Hauptzweck, Sonderinteressen führen die Hauptrolle.»¹⁷

Parteispaltung

Die Freisinnig-demokratische Partei Basel-Stadt war nie eine Organisation völlig Gleichgesinnter gewesen; stets hatten sich in ihr verschiedene Richtungen zusammengefunden und auch bekämpft. Schon zu Wilhelm Kleins Zeiten hatte sich die demokratische Bewegung von den freisinnigen Gruppen abzusetzen versucht; Klein hatte aber doch darauf verzichtet, eine demokratische Partei zu gründen. Am Ende der 80er Jahre hatte die Freisinnig-demokratische Partei die mit den Konservativen stimmenden Rechtsfreisinnigen abgestossen und waren ihr die Arbeiter an die Sozialdemokratische Partei verlorengegangen. In den 90er Jahren und zu Beginn des 20. Jahrhunderts traten vereinzelt Linksfreisinnige auf und versuchten, die Partei, die ihre formalpolitischen Ziele erreicht hatte, zu sozialpolitischer Tätigkeit anzuspornen. Da die Partei sich nicht dafür gewinnen liess, erhielt sie in den ersten Proportionalwahlen 1905 die Rechnung präsentiert. Die Niederlage gab den Linksfreisinnigen Auftrieb; mit ihnen erhob sich auch die junge Generation. Dieser doppelte Angriff auf das Routineverhalten der Freisinnigen führte zum schärfsten Kampf, der je innerhalb der Freisinnig-demokratischen Partei Basel-Stadt ausgetragen worden ist.

Er setzte ein mit Dr. Oscar Schärs Vorstössen zur Umgestaltung der Partei und mit der Gründung der Jungfreisinnigen Vereinigung. Schär und die Jungfreisin-

¹⁴ Vorstandssitzung 30.10.08

¹⁵ NZ 10.4.10

¹⁶ 8.4.10

¹⁷ 30.10.08

nige Vereinigung erstrebten das gleiche Ziel: soziale Reformen, aber auf verschiedenen Wegen. Dr. Schär war bereit, mit dem rechten Flügel der Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten; die Jungfreisinnigen bekämpften als Bannerträger der nationalen Idee die Sozialdemokratie.

Der rechte Flügel holte sofort zum Gegenschlag aus und buchte vor den Nationalratswahlen 1905 den ersten Erfolg. Der Parteiausschuss stellte – die Delegiertenversammlung hatte ihr Vorschlagsrecht nicht ausgeübt – vier Nationalratskandidaten auf: Müry, Zoller, David und gegen beträchtlichen Widerstand Oscar Schär. Schär wurde seine Tätigkeit im ACV vorgehalten. Obwohl Paul Scherrer eindeutig den Standpunkt der Mitte in der Partei vertrat, setzte er sich für ihn ein: «Wir besitzen in Dr. Schär eine ausserordentliche Arbeitskraft und gleichzeitig einen Vertreter für eine Idee, die in den nächsten Jahren für unser Land von grösster Bedeutung sein wird.»¹⁸ Am Parteitag gelang es Schärs Gegnern, ihn zu streichen und durch Göttisheim zu ersetzen.¹⁹ Göttisheim wollte zu Gunsten Dr. Schärs verzichten, doch nun bewog ihn der Parteiausschuss, die Kandidatur anzunehmen.²⁰

Als Schär versuchte, die Delegierten des linken Parteiflügels einzuberufen und sich von ihnen aufstellen zu lassen, schickte der Parteiausschuss Dr. Silbernegel und Dr. V.E. Scherer zu ihm und drohte ihm mit dem Ausschluss aus der Partei.²¹ Die Jungfreisinnigen hatten sich schweren Herzens aus Parteidisziplin zu diesem Schritt entschlossen, erklärten dem Parteiausschuss jedoch in einer Resolution: «Im Auftrage einer Gruppe von 35 linksfreisinnigen Delegierten der Freisinnig-demokratischen Partei, die sich Donnerstag, den 26. Oktober, in der Rebleutenzunft versammelt hatten, gestatten sich die Unterzeichneten, Ihnen folgende Resolution vorzulegen . . . Sie (die Gruppe) protestiert mit aller Kraft und Energie gegen die höchst bedauerlichen Tendenzen und die wenig korrekte Art, wie am Parteitage vom 23. Oktober dem vom Parteiausschuss vorgeschlagenen linksfreisinnigen Kandidaten Dr. Oscar Schär entgegengetreten und wie diese Kandidatur beseitigt wurde . . . Sie glaubt es ihrer politischen Überzeugung schuldig zu sein, zu verhindern, dass in der Zukunft wieder ein solcher Fall eintreten werde.» Wenn weiterhin eine Hauptrichtung zu Gunsten der anderen bevorzugt werde, könnten die Wähler, die der vernachlässigten Richtung angehörten, verletzt und logischerweise zu einer Erbitterung und infolgedessen zu einer selbständigen Konstituierung geführt werden . . . «Wir schlagen Ihnen vor, diese Resolution in einer Delegiertenversammlung zur Besprechung zu bringen. Dr. K. Löw, Dr. K.G. Brodbeck, Dr. V.E. Scherer.»²²

¹⁸ PA 20.10.05

¹⁹ PT 23.10.05

²⁰ PA 24.10.05

²¹ PA 25.10.05

²² 35 linksfreisinnige Delegierte an den PA 26.10.05



Dr. Oscar Schär

Diese Resolution der jungen Linksfreisinnigen erörterten die Mitglieder des Parteausschusses in zwei stürmischen Sitzungen. Schär skizzierte die drei Parteischattierungen, den linken Flügel, der soziale Reformen durchsetzen wolle, das Zentrum, das sie unter Berücksichtigung verschiedener Imponderabilien befürworte, und den rechten Flügel, der nicht für die sozialen Reformen eintrete. Diese Richtungen hätten sich seit 1889 bei den Wahlen und Abstimmungen mehr und mehr voneinander entfernt. Das Verhalten des rechten Flügels habe zum Abfall der Arbeiter geführt. Das eidgenössische und kantonale Beamten- und Angestelltenpersonal sei der Partei entfremdet worden. Die Presse habe auf die linke Richtung zu wenig Rücksicht genommen. Der linke freisinnige Flügel werde sich eventuell innerhalb der Partei selbständig organisieren, um zu verhüten, dass weitere Kreise der Freisinnigen Partei abtrünnig würden.

Eine Mittelgruppe unter Silbernagel und Stumm befürchtete, die Organisation des linken Flügels werde später zu einer eigenen demokratischen Partei führen, und versuchte zu vermitteln; der Rechtsfreisinnige Fischer verkündete, die Zugehörigkeit zum ACV sei unvereinbar mit einem öffentlichen Mandat der Partei. Sollte dieser Standpunkt abgelehnt werden, so müsste er zu seinem Bedauern aus der Partei austreten.²³

Die Gegensätze wurden nicht behoben, die Spannung steigerte sich. Als sich der linke Flügel der Partei Anfang 1906 weigerte, den Liberalen Prof. Burckhardt-Schatzmann als Regierungsratskandidaten zu unterstützen, wurde Gerichtspräsident Dr. Ernst Voellmy deutlich: «Man dürfe nicht zu viel Rücksicht auf den äussersten linken Flügel nehmen. Eine Beschleunigung des faktischen Übertritts dieser Kreise zur Sozialdemokratie, deren Anschauungen sie jetzt schon teilen, wäre der Klärung der Situation wegen nicht zu bedauern.»²⁴ Aber Schär liess sich nicht kleinkriegen. An der Jahresversammlung der Delegierten 1906 zeigte er in einem ausführlichen Referat auf, in welchem Sinne er die Freisinnig-demokratische Partei umgestalten wollte: «Die Gewerbetreibenden in unserer Partei haben sich manchen notwendigen sozialen Reformen widersetzt. Der Einfluss dieser Gewerbetreibenden in unserer Partei war im letzten Jahrzehnt zu gross. Die Folge war, dass die Partei fast alle Lohnarbeiter verloren hat. Wir laufen Gefahr, auch die eidgenössischen Beamten von uns abzustossen. Die kaufmännischen Angestellten gehören vorläufig noch meist zu uns. Wir müssen hier durch baldige Reformen dafür sorgen, dass nicht auch ein grosser Teil dieser kaufmännischen Angestellten zur Sozialdemokratie übergeht. Der Referent ist persönlich Gegner eines Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien ... Da sich unter den 3600 Arbeitgebern noch viele Anhänger der anderen Parteien befinden, ist unsere Partei genötigt, sich künftighin hauptsächlich auf die Arbeitnehmerklassen zu stützen ...

²³ PA 29.11.05

²⁴ DV 18.1.06

Selbstverständlich wollen wir damit nicht die Interessen von Industrie und Handel vernachlässigen.»²⁵

Der Parteiausschuss beschloss, Schärs «Konklusionen» zu vervielfältigen und allen Parteimitgliedern zuzustellen. Schär arbeitete darauf eine breitangelegte und mit Tabellen zur Zusammensetzung der Bevölkerung belegte Untersuchung aus: «Gründe des Rückgangs unserer Partei in den letzten Jahren.»²⁶ Schärs Schlussfolgerung «Nur die Abhilfe dieser Mißstände und eine der Zusammensetzung unserer Bevölkerung nach den verschiedenen Berufsgruppen entsprechende Schwenkung unserer Partei nach links kann einen weiteren Rückgang derselben verhindern» wurde wohl im Parteiausschuss erörtert, doch zu einer Entscheidung rang man sich nicht durch.²⁷

Es schien, als führte der Rücktritt Regierungsrat Reeses diese Entscheidung herbei. Als Kandidaten drängten sich Dr. Emil Göttisheim und Dr. Oscar Schär auf. Aber die Auseinandersetzung zwischen ihren Anhängern drohte die Partei zu zerreißen. Ständerat Scherrer warnte: «Stellen wir Herrn Dr. Göttisheim auf, so haben wir mit Sicherheit den Krieg in den eigenen Reihen.» Den Vertreter des linken Flügels, Herrn Dr. Schär, würden die Rechtsfreisinnigen und die Liberalen nicht unterstützen, und die Sozialdemokraten vermöchten dann einen eigenen Kandidaten durchzubringen. In der Delegiertenversammlung trat Scherrer als Anwalt Schärs auf: Eine Niederlage schade ihm und allen Bestrebungen, die mit seiner Persönlichkeit im Zusammenhang ständen. Als gewandter Taktiker schlug Scherrer einen dritten Mann vor, keinen Politiker, sondern einen Fachmann, den früheren Beamten am Baudepartement und derzeitigen Professor am Technikum Burgdorf: Armin Stöcklin.

Mit dieser Kandidatur hoffte Scherrer zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen: die Parteikrise zu vermeiden und der Partei das Regierungsratsmandat zu erhalten. Dieser Schachzug behagte dem Gerichtspräsidenten Dr. Hans Voellmy nicht; er wünschte einen «entschieden Freisinnigen. Wir können uns nicht einfach so um die Frage Schär-Göttisheim herumdrücken».

Der Parteiausschuss kam der Form nach den Kritikern entgegen, förderte aber in Wirklichkeit die Kandidatur Stöcklins. Er beschloss, sich nach einem anderen Fachmann in Basel umzusehen, beschloss aber auch, Erkundigungen über Stöcklin einzuziehen und ihn direkt über seine politische Gesinnung zu befragen.²⁸ Eine Woche später war von dem Basler Fachmann nicht mehr die Rede; die Delegation, die Stöcklin ausgesucht hatte, konnte berichten, dass Stöcklin persönlich zuverlässig sei. In finanzieller Hinsicht verlange er, dass ein Freisinniger im Grossen Rat

²⁵ DV 4.10.06

²⁶ PA 5.11.06

²⁷ PA 5.12.06

²⁸ PA 4.1.07

den Antrag stelle, ihm, wie Herrn Reese, Fr. 10 000.– Gehalt zu bewilligen. Werde der Antrag abgelehnt, begnüge er sich mit Fr. 8000.–.²⁹

So schien sich alles einzufädeln, als Dr. Wolfgang Boerlin auf eine Verfassungsschwierigkeit hinwies: nur im Kanton wohnhafte Schweizerbürger seien wahlberechtigt. Der Parteiausschuss beschloss, die Frage vom juristischen Standpunkt aus zu untersuchen und sich bei Bundesrat Brenner über die allfälligen Folgen eines Rekurses zu erkundigen.³⁰

Bundesrat Brenner riet von einer Kandidatur Stöcklin ab. Beharre die Basler Freisinnig-demokratische Partei jedoch auf der Aufstellung Stöcklins, müsse dieser seinen Wohnsitz in Burgdorf aufgeben und in Basel ein Zimmer bewohnen. Es sei nicht nötig, dass er vor der Wahl mit Familie und Mobiliar nach Basel ziehe, auch nicht, dass er seine Stelle endgültig kündigt. Bundesrat Brenner wünschte, dass sein Name in der Delegiertenversammlung und am Parteitag nicht genannt werde, da er sonst bei einem Rekurs in Ausstand treten müsste. Ständerat Scherrer zog darauf für den Parteiausschuss den Schluss: «Die Hauptsache ist, wir müssen Herrn Stöcklin wahlfähig machen.»³¹ Die Abstimmung ergab acht Stimmen für Stöcklin, sechs für Schär, eine für Göttisheim.

An der Delegiertenversammlung, die von 120 Quartiervertretern besucht war, tauchten Zweifel an Stöcklins Wahlfähigkeit auf. Schär wurde erneut als Kandidat aufgestellt und sofort beschimpft. Nach Protesten und Rügen schlug die Delegiertenversammlung dem Parteitag mit 68 Stimmen Stöcklin zur Wahl vor; Schär erhielt 39 Stimmen.³² Am Parteitag bewarfen sich die Anhänger der Kandidaten mit Beschuldigungen; Dr. Welti bedauerte den Versuch, die Verfassung zu umgehen. In der Abstimmung siegte Stöcklin mit 105 Stimmen über Schär (82 Stimmen). Der Parteitag hatte den farblosen Baufachmann dem temperamentvollen, sich exponierenden Politiker vorgezogen.³³

Die Sozialdemokratische Partei stellte als Gegenkandidaten den Gewerbeinspektor Dr. Hermann Blocher auf. Gewählt wurde mit Unterstützung der Liberalen (so nannten sich die Konservativen seit 1905) der freisinnige Kandidat Armin Stöcklin.³⁴ Prompt folgte der Wahlrekurs: Der Sozialdemokrat Dr. J. Knörr focht zusammen mit Ingenieur Gelpke und Dr. Paul Linder in einer Eingabe an den Regierungsrat die Wahl Stöcklins an. Der Bundesrat – als Rekursinstanz – lehnte den Rekurs ab.

Bei den Richterwahlen im Sommer 1907 beanstandete Schär, «dass bei den fortwährenden Allianzen mit der Liberalen Partei immer nur die rechtsstehenden Parteimitglieder berücksichtigt werden».³⁵

²⁹ PA 11.1.07

³⁰ PA 11.1.07, Besprechung mit Bundesrat Brenner am 14.1.07

³¹ PA 14.1.07

³² DV 17.1.07

³³ PT 22.1.07

³⁴ Regierungsratswahlen vom 26./27.1.07, StA Räte und Beamte D1 Regierungsrat 1906–1913

³⁵ PA 17.6.07

Am 14. März 1907 schloss der Grosse Rat die Reorganisation des Appellationsgerichtes ab. Das Gesetz legte in § 74 fest, dass Gerichtspräsidenten und Staatsanwälte nicht Mitglieder der eidgenössischen Räte sein durften. Während der ersten Lesung hatte der Kommissionsreferent Dr. Paul Scherrer beantragt, den Gerichtspräsidenten und Berufsrichtern zu gestatten, Mitglied der eidgenössischen Räte zu sein; doch der Grosse Rat hatte dem Wortlaut des Entwurfs zugestimmt. Diese auf den Gerichtspräsidenten Schär gemünzte Bestimmung, die «clausula Schär», verbaute ihm, nachdem ihm der Regierungsratssitz verwehrt worden war, nun auch den Zugang zum Nationalratssessel. Er musste sich einen andern Weg suchen.

Das gehässige Seilziehen der Rechts- und der Linksfreisinnigen um die Leitung der Basler Zeitung brachte den Stein ins Rollen. In einer 4^{1/2} Stunden dauernden Sitzung des Parteiausschusses rechneten die Gegner miteinander ab. Schär erklärte, er werde eine Delegiertenversammlung der Linksfreisinnigen einberufen, und drohte, bei den Grossratswahlen 1908 würden die Linksfreisinnigen selbständig vorgehen. «Dann könnte unsere neue Richtung aber mit den Sozialdemokraten zusammen die Mehrheit bilden.» Paul Scherrer nahm den Handschuh auf: «Wenn die Jungfreisinnigen sich von uns trennen wollen, so möchte ich nicht das geringste Hindernis in den Weg legen.» Dr. Fischer und Dr. Boerlin unterstützten ihn: «Von Personen, die sich mit Sozialdemokraten zu einem politischen Club vereinigen wollen, trennen uns Täler.»

Als Schäppi bekanntgab, dass sich die jungfreisinnige Vereinigung gegen eine Trennung ausgesprochen habe, kündigte Schär seine Absicht an, eine Mittelstandspartei zu schaffen. «Wir wollen nicht mit den Sozialdemokraten eine Partei gründen, sondern in einzelnen Fragen mit dem rechten Flügel der Sozialdemokraten zusammengehen, wie Sie mit den Liberalen. Ich halte die Auffassung Boerlins von der Trennung für richtig.»³⁶

Scherrer und Stumm wünschten einen Parteitag einzuberufen; dieser sollte über die Trennung abstimmen. Schär kam ihnen zuvor. Er berief die Delegierten des linken Parteiflügels ein; aber die Jungfreisinnigen unter Schäppi und Scherrer weigerten sich auch jetzt, sich von der Partei zu trennen.³⁷ Dennoch zog Schär den Trennungsstrich. Am 19. Dezember 1907 trat er als Präsident des freisinnig-demokratischen Steinenquartiervereins, als Vizepräsident des Parteiausschusses und aus allen Kommissionen zurück.³⁸ Kurz vor den Grossratswahlen 1908 gründete er die Demokratische Partei Basel-Stadt;³⁹ als einziger Vertreter der neuen Partei wurde er in den Grossen Rat gewählt.

³⁶ PA 27.11.07

³⁷ PA 7.1.08

³⁸ Schär an Parteipräsident Göttsheim 19.12.07

³⁹ s. S. 141

Die Gründung der Demokratischen Partei Basel-Stadt war ein verspäteter und schwächerer Nachläufer der gesamtschweizerischen demokratischen Bewegung aus den Sechzigerjahren des 19. Jahrhunderts. Damals hatten mittlere und untere Angestellte sowie Arbeiter und Intellektuelle das Repräsentativsystem der liberalen Kantone gestürzt und demokratische und soziale Reformen durchgesetzt. In Basel bestanden am Ende der Sechzigerjahre ganz andere Verhältnisse. Hier bekämpften Liberale und Demokraten gemeinsam nicht ein Repräsentativsystem, sondern die konservative Herrschaft; sie erreichten, dass die neue Verfassung von 1875 einen Teil der demokratischen Forderungen verwirklichte, nämlich Initiative und Referendum. Regierungsrat Wilhelm Klein versuchte sofort eine nächste Forderung durchzusetzen: die Unentgeltlichkeit des gesamten Unterrichts und das Obligatorium einer für alle Schüler gemeinsamen achtjährigen Volksschule. An dieser Forderung – und am Versuch, die Universität in freisinnigem Geist umzugestalten und die katholische Schule aufzuheben –, strauchelte Klein bereits nach drei Jahren. Nachdem der Freisinn an die Macht zurückgekehrt war, stellte er die formalpolitischen Ziele in den Vordergrund; die demokratisch-sozialen wurden nicht erreicht. Deshalb bildete sich im Basler Freisinn nach der Jahrhundertwende eine ähnliche Situation, wie sie in den Sechzigerjahren in den liberalen Kantonen bestanden hatte, mit dem Unterschied, dass die Opposition sowohl von aussen wie von innen herkam: von der Sozialdemokratischen Partei und vom linken Flügel der Freisinnigen. Der linke Flügel spaltete sich; die Jungfreisinnigen beschlossen, in der Freisinnig-demokratischen Partei zu bleiben. Die Gruppe, welche sich trennte und die Demokratische Partei bildete, war verhältnismässig schwach; sie brachte es 1914 auf zwei Vertreter im Grossen Rat; 1917 kehrte Oscar Schär zur Mutterpartei zurück.

Der Parteitag, der auf den 24. Januar 1908 einberufen wurde, stimmte einer Resolution Paul Scherrers zu. Sie verwischte die grundsätzlichen Unterschiede, schob persönliche Gegensätze vor und hoffte, mit einer Ermahnung zum Frieden die gespaltene Partei zu einigen: «Der Parteitag der Freisinnig-demokratischen Partei in Erwägung: 1. dass nur eine geeinigte und innerlich gefestigte freisinnige Partei Garantie bietet für eine erspriessliche Tätigkeit zum Wohle der Gesamtheit und zur Erfüllung ihrer hohen Aufgabe, 2. dass innerhalb der Partei alle sachlichen Vorbedingungen für eine nach aussen und innen gefestigte und starke Parteiorganisation vorhanden sind, dass insbesondere zwischen den Anhängern der Partei keinerlei sachliche Differenzen bestehen, die eine Auflösung der Partei in einzelne Gruppen und eine gegenseitige Bekämpfung solcher Parteigruppen von sachlichen Gesichtspunkten aus rechtfertigen könnten und dass bestehende Zerwürfnisse mehr nur als das Resultat kleinlicher und persönlicher Reibereien und Umtriebe aufzufassen sind, 3. dass alle persönlichen Angelegenheiten dem Interesse und dem Gedeihen der Gesamtpartei unbedingt unterzuordnen sind und nimmermehr den Grund zu bleibenden Differenzen in der Partei bilden dürfen, beschliesst: 1. Alle

bisherigen Vorgänge und Vorkommnisse, die zu unliebsamen Verhältnissen und Erörterungen geführt haben, sollen als erledigt und der Vergangenheit verfallen betrachtet werden; 2. den Organen und Mitgliedern der Partei wird es zur Pflicht gemacht, inskünftig alles zu vermeiden, was einem guten Einvernehmen innerhalb der Partei und einem erfolgreichen gemeinsamen Zusammenarbeiten der leitenden Organe hinderlich sein könnte; 3. den statutarischen Organen der Partei sind ihre Kompetenzen und Obliegenheiten im ganzen Umfange, nicht nur formell, sondern auch materiell zu wahren, und die ihnen obliegenden Beschlüsse und Vorschläge dürfen nicht durch Gruppenbeschlüsse und systematische Instruktionen und Bearbeitungen nach einer bestimmten Richtung beeinflusst werden; 4. bei aller Wahrung einer sachlichen und in anständiger Weise vorgebrachten Kritik hinsichtlich vorgeschlagener Kandidaten werden persönliche Verhetzungen und Umtriebe des entschiedensten verurteilt und missbilligt.»

In dieses laue Wasser warf der Parteitag eine Prise Salz, indem er aus der von Redaktor Schäppi vorgelegten Resolution folgenden Passus annahm: «In der Absicht, die Partei zu einigen und zu festigen, betont er (der Parteitag) die Notwendigkeit einer selbständigen, zielbewussten Politik der Freisinnig-demokratischen Partei im Sinne einer kräftigen Sozialreform auf Grund der Solidarität der Interessen des ganzen Volkes.»⁴⁰

Damit war nach dem Ausscheiden Dr. Hubers und Dr. Schärs nicht nur die Abspaltung der Jungfreisinnigen verhindert, damit war der jungen Generation und der sozialreformerischen Strömung innerhalb der Partei die Bahn geöffnet worden.

Auch auf dem rechten Flügel der Partei gab es einige Austritte. Der Hausbesitzerverein hatte bei den Grossratswahlen 1908 versucht, einige seiner Mitglieder auf die freisinnigen Wahlvorschläge zu setzen. Diejenigen Angehörigen der Freisinnig-demokratischen Partei, die dazu Hand geboten hatten, in erster Linie zwei Grossräte, Dr. Witzig und der Wirt Meier-Trinkler, mussten aus der Freisinnig-demokratischen Partei austreten.⁴¹

Die letzte Abgrenzung nach rechts erzwangen die Nationalratswahlen von 1908 und 1911, als der von den Jungfreisinnigen bekämpfte Nationalrat Müry am Tage seiner Wiederwahl aus der Partei aus- und der Fortschrittlichen Bürgerpartei beitrat.

Danach rückten die Kämpfe zwischen den Parteirichtungen in den Hintergrund. Dr. Alfred Silbernagel zog den Schlußstrich: «Unsere Partei ist nicht mehr in der Lage, dass sie sich solche Sitzungen erlauben kann. Von allen Seiten angegriffen, bedarf sie der Sammlung und Festigung mehr denn je und nicht unnötiger Angriffe von innen ... Wir brauchen in der Delegiertenversammlung im Interesse der Gesamtpartei, das hier einzig in Betracht fallen kann, einen Redner, der in ver-

⁴⁰ PT 24.1.08

⁴¹ PA 23.3., 30.4., 4.5., 19.5.08

söhnlichem Tone sagt: Wir haben gefehlt, wie sollen und wollen wir durch Arbeit und Energie unsere Leute wieder sammeln und unser altes Ansehen wieder herstellen, und nicht einen Redner, der die tröstlichen Worte ausspricht, unsere Partei wäre reif zur Auflösung, wenn nur ein anderes Parteigefüge da wäre, dem man sich anschliessen könnte.»⁴²

Nachdem die Extremisten links und rechts die Partei verlassen hatten und nachdem die ältere Generation die Jungfreisinnigen als gleichberechtigt anerkannt und ihren Bestrebungen zugestimmt hatte, war ein Gleichgewicht hergestellt worden, das der Partei ermöglichte, geschlossen den Schwierigkeiten des ersten Weltkrieges zu begegnen. Erst am Ende des Krieges, als allorts die Gefüge zu wanken begannen, brachen die Spannungen innerhalb der Partei wieder auf.

Bemühungen, die Partei zu festigen

a) Das Dezernatssystem

1905 führte der Parteiausschuss das Dezernatssystem ein, und zwar auf Antrag V.E. Scherrers, der das Dezernatssystem der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als Vorbild hingestellt hatte. Die Mitglieder des Parteiausschusses sollten die Punkte des Parteiprogramms untereinander aufteilen und diejenigen regierungsrätlichen Departemente überwachen, die mit der Erledigung ihrer Aufgaben im Rückstand waren.⁴³ Als Dezernenten mussten sie kürzere Referate über die von ihnen übernommenen Programmpunkte halten; ihre Berichte waren zuerst im Parteiausschuss und mit den freisinnigen Regierungsräten, dann erst in der Delegiertenversammlung zu besprechen.⁴⁴

Trotz wiederholter Aufforderung waren nur sieben Mitglieder des Parteiausschusses bereit, ein solches Mandat zu übernehmen.⁴⁵ Der Plan liess sich nicht verwirklichen; in den folgenden Protokollen wird er mit keinem Wort mehr erwähnt.

b) Die Stellung der Fraktion

Die Verbindung zwischen den freisinnigen Grossräten und den Mitgliedern des Parteiausschusses liess sehr zu wünschen übrig, so sehr, dass einzelne Grossräte im Grossen Rat gegen Partei- und Fraktionsbeschlüsse stimmten. «Als die Fraktion noch über die Mehrheit verfügt hatte, mochten ein paar Seitensprünge hingehen. Heute jedoch muss die Partei und die Fraktion ein geschlossenes Auftreten zeigen.»⁴⁶ Auch die Verbindung zu den freisinnigen Regierungsräten klappte nicht; sie wurden zu den Sitzungen des Parteiausschusses nicht eingeladen.

⁴² DV 1.10.09

⁴³ PA 5.7.05

⁴⁴ StA 387 A1 An die Mitglieder des PA 6.7.06

⁴⁵ PA 20.9.66

⁴⁶ Jahresbericht der FdP BS (Rothenberger) 1908/09

Mit einfachen Mitteln suchte man dem Übelstand abzuweichen. Ein gemeinsames Sitzungslokal für den Parteiausschuss, den Verein freisinniger Grossräte und für Kommissionen sollte den Kontakt mit den führenden Männern stärken.⁴⁷ Aber die Ergebnisse befriedigten nicht.

So setzte nun zwischen dem Parteiausschuss und der Fraktion, die sich ihre Unabhängigkeit wahren wollte, ein Seilziehen ein. Unterstützt von den führenden Männern der beiden zentralen Vereine, forderte Dr. Boerlin einen grösseren Einfluss des Parteiausschusses auf die Stellungnahme der Grossräte: «Der Grossratsverein bespricht wichtige Wahlvorschläge, wie z.B. des Erziehungsrates, ohne dass der Parteiausschuss irgendwie um seine Meinung gefragt wird.»⁴⁸ Um die Fraktion zu seinem Werkzeug zu machen, schlug der Parteiausschuss dem Grossratsverein vor, «es möchten die Mitglieder des Parteiausschusses zu allen Sitzungen der Grossratsfraktion eingeladen werden».⁴⁹ Der Verein freisinniger Grossräte parierte den Schlag. Er erklärte sich damit einverstanden, unter der Bedingung, dass Mitglieder des Vereins freisinniger Grossräte mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Parteiausschusses eingeladen würden.⁵⁰ Dieser Lösung stimmte der Parteiausschuss zu,⁵¹ aber verbessert wurde damit nichts. Die Statuten des Jahres 1910 führten erstmals die freisinnige Grossratsfraktion als Organisation auf. Damit war ausdrücklich die Bedeutung des Grossratsvereins bestätigt. Die vier Aufgaben waren sehr vorsichtig formuliert, so dass die Fraktion ihre Selbständigkeit gegenüber der Partei bewahrte: «§ 13. Die freisinnige Grossratsfraktion gibt sich ihre Organisation selbst. Sie hat folgende Aufgaben: Pflege einer engen Verbindung zwischen den der Partei angehörenden Mitgliedern des Grossen Rates und des Regierungsrates. Vorbesprechungen der vom Grossen Rat vorzunehmenden Wahlen und der von ihm zu behandelnden wichtigeren Geschäfte; einheitliche Stellungnahme zu Fragen, die von politischer Bedeutung sind. Sorge für die Durchführung des Parteiprogramms, soweit sie durch Antragstellung im Grossen Rate gefördert werden kann. Jährliche Berichterstattung über ihre Tätigkeit an die Delegiertenversammlung.»

Gleichzeitig erhielt der Parteiausschuss die Möglichkeit, rascher als bisher zu handeln. Der Zentralvorstand – so hiess jetzt der Parteiausschuss – bestellte aus seiner Mitte einen geschäftsleitenden Ausschuss von fünf bis sieben Mitgliedern. Eine weitere Stärkung des Zentralvorstandes brachte § 11, Absatz d: «Die Überwachung und Förderung der Tätigkeit der Quartiervereine und der Erlass von Weisungen an dieselben, namentlich auch in bezug auf die bei Aufstellung der Kandidatenlisten für die Grossratswahlen zu befolgenden Grundsätze.»⁵²

⁴⁷ Präsident des Freisinnigen Grossratsvereins an Göttsisheim 7.6.06

⁴⁸ PA 25.7.08

⁴⁹ PA 7.3.07

⁵⁰ PA 19.3.07

⁵¹ PA 8.4.07

⁵² Statuten der FdP BS 1910

c) *Fraktionszwang*

Als Dr. A. Huber 1906 aus der Partei austrat, verzichtete er nicht auf sein Grossratsmandat; der Parteiausschuss forderte ihn schriftlich auf, aus dem Grossen Rat zurückzutreten. Huber entsprach jedoch dem Verlangen nicht.⁵³

Komplizierter war die Situation ein Jahr später. Nach dem Tod von Friedrich Senn musste entschieden werden, wer im St. Johannquartier als Grossrat nachrückte. Die Freisinnig-demokratische Partei wünschte, dass der bei der Ergänzungswahl von 1907 nicht gewählte Kandidat M. Nehracher und nicht der bei den Gesamterneuerungswahlen von 1905 nicht gewählte K. Müller-Oberer in den Grossen Rat einziehe. Der Regierungsrat entschied jedoch gemäss dem Gutachten seines Sekretärs Dr. A. Imhof: «Es kommt . . . bei der Berufung gar nicht auf die Meinung der Vorschlagenden an, sondern darauf, wem die Wähler die meisten Stimmen gegeben haben. Zwischen M. und N. haben sie nur bei der Hauptwahl entschieden; bei der Ergänzungswahl hatten sie dazu gar keine Gelegenheit mehr . . . Es mag nur noch bemerkt werden, dass die Parteien, wie in anderen Fällen, so auch hier, darauf angewiesen sind, direkt auf Grossratsmitglieder einzuwirken, die ihr Vertrauen nicht mehr geniessen. Es wäre somit Herr K. M.-O. zu berufen.»⁵⁴

Seit die Verfassung in Kraft war, hatten sich einzelne freisinnig-demokratische Grossräte vorbehalten, bei Sachentscheiden und bei Wahlen ihre Stimme nach eigenem Ermessen abzugeben, so dass manchmal freisinnige Vorlagen verworfen und freisinnige Kandidaten nicht gewählt wurden. 1908 versuchte Parteipräsident Rothenberger, die Parteidisziplin zu straffen, und fragte die Freisinnigen anderer Kantone an, was mit Fraktionsmitgliedern geschehe, die gegen die Parteiparole stimmten.⁵⁵ Die Antworten deckten dasselbe Übel auf: In keinem Kanton verboten die Fraktionsstatuten ausdrücklich die freie Entscheidung. Die Zürcher Freisinnigen gestatteten Stimmenthaltung; bei Stimmabgabe für einen Gegenkandidaten sahen sie Tadel, in wichtigen Fällen Ausschluss aus der Fraktion vor. Solothurn meldete, die Fraktionsmitglieder seien «bei ihrem Gewissen und ihrer Pflicht engagiert, die Wahlvorschläge zu beobachten».⁵⁶

Auf diese Antworten hin verzichtete Rothenberger darauf, die harte Linie zu verfolgen. Ausdrücklich billigte die Parteiführung ihren Grossräten sogar Stimmfreiheit zu. Als 1910 die freisinnig-demokratische Fraktion die Anlegung eines Alters- und Invaliditätsversicherungsfonds beantragte, erklärte die National-Zeitung: «Mit dem – übrigens einstimmig gefassten – Beschlusse, einen solchen Antrag zu stellen, war keinem Fraktionsmitgliede seine Stimmgebung <diktirt>, denn die freisinnige Fraktion mutet niemandem zu, gegen seine Überzeugung zu stimmen. Es war niemandem verwehrt, seinen gesunden Menschenverstand walten zu

⁵³ PA 20., 22.2., 16.3.06

⁵⁴ StA Räte und Beamte A4 1907

⁵⁵ PA 27.5.08

⁵⁶ StA BS 387 A1 Antworten von Aargau, Bern, Solothurn, Zürich 22., 23.6.08

lassen und die vom Regierungstische aus gegen den Antrag vorgebrachten Gründe nach Gebühr zu würdigen.»⁵⁷

d) Kritik an den Quartiervereinen

Das alte Übel, der schlechte Besuch der Sitzungen, breitete sich auf alle Stufen aus. Am Parteitag vom 5. September 1912 nahmen 4½% der eingeschriebenen Mitglieder teil; zum Parteitag vom 22. Januar 1914 vermerkte der Protokollführer: «Besuch sehr schwach». Im Jahresbericht 1910/11 beklagte sich der Parteipräsident Rothenberger: «Der Besuch der Sitzungen und Versammlungen liess zu wünschen übrig . . . Die Hauptarbeit ruht auf zu wenig Schultern; hatte doch der Parteipräsident das Vergnügen, im Jahre 1911 noch neben seiner Geschäftsleitung die Stelle des Protokollführers zu versehen!»⁵⁸ An der eidgenössischen Delegiertenversammlung des Jahres 1910 reichte der vielen Absagen wegen die Zahl der Ersatzdelegierten nicht aus, die Freisinnig-demokratische Partei Basel-Stadt vollständig zu vertreten.⁵⁹ Der Parteiausschuss musste 1912 seine Mitglieder durch ein Zirkular an bessere Pflichterfüllung mahnen.⁶⁰ Schliesslich nahmen die freisinnig-demokratischen Grossräte so lässig an den Sitzungen des Grossen Rates teil – sie verliessen sogar während der Wahlen den Saal –, dass bei Wahlen in den Erziehungs- und in den Bankrat die freisinnigen Kandidaten durchfielen⁶¹ und Dr. Aemmer bei der Statthalterwahl 1909 dem Katholiken Dr. Kully knapp unterlag.⁶² Dem Wunsche Göttisheims, bei wichtigen Abstimmungen eine Kontrolle durch besonders bestimmte Grossräte auszuüben, gab der Parteiausschuss nicht statt.

Am deutlichsten zeigte sich die Teilnahmslosigkeit in den Quartiervereinen. «Die vorgenannten (zwei) Sitzungen waren sehr schlecht besucht. Dieser Umstand konnte den Vorstand zur Abhaltung einer grösserer Anzahl von Sitzungen nicht ermutigen.»⁶³ Vorgesehene Vortragsabende mussten fallengelassen werden.⁶⁴ «Sehr zu wünschen wäre eine regere Beteiligung unserer Mitglieder an den Vereinsveranstaltungen. Es wird hier wohl beim Wunsche bleiben; sich Illusionen hinzugeben, hat keinen Wert.»⁶⁵ Parteipräsident Rothenberger ging sogar so weit, dass er in einzelnen Quartiervereinen stichprobenweise Appell machte, um die unentschuldig Fehlenden festzustellen.⁶⁶ Die Parteileitung nahm einen neuen Anlauf, die Stellung der Quartiervereine in den Statuten zu ändern. Im Juni 1908 bat

⁵⁷ NZ 19.2.10

⁵⁸ Jahresbericht 1.6.11

⁵⁹ FdP BS an Ersatzdelegierte 13.9.10, an Delegierte 10.10.10

⁶⁰ PA 9.9.12

⁶¹ PA 27.5.08

⁶² PA 20.4.10

⁶³ Jahresbericht 1908/09 der Vereinigten Freisinnigen des Riehen- und Bläsiquartiers

⁶⁴ Jahresbericht 1908/09 des F St. Albanquartiervereins

⁶⁵ Jahresbericht 1908/09 des F Vereins der Inneren Stadt

⁶⁶ DV 1.10.09

man andere Kantonalparteien um ihre Satzungen. Erstaunlicherweise antworteten die Solothurner, dass sie keine geschriebenen Statuten besässen.⁶⁷ Ende des Jahres beschloss der Basler Parteiausschuss, Reformvorschläge auszuarbeiten.⁶⁸

In der folgenden Parteiausschuss-Sitzung wollte Präsident Rothenberger die Kompetenzen der Quartiervereine einschränken. Die Organisation der Quartiervereine sei überlebt, die Wahlkreise seien zu klein. Die Quartiervereine sollten nur noch bei den Wahlen mitwirken; eine monatliche Versammlung aller Parteimitglieder wie in St. Gallen bringe die Parteimitglieder besser zusammen. Diesem schon früher erörterten und von der Delegiertenversammlung abgelehnten Vorschlag⁶⁹ hielt V.E. Scherer entgegen, dass dann die Quartiervereine noch mehr einschlafen würden. Besser sei es, mehrere Quartiervereine zusammenzulegen.⁷⁰ Der Parteiausschuss fand die salomonische Lösung: Die Quartiervereine blieben bestehen; die Delegiertenversammlung war regelmässig einzuberufen, hatte interessante Themen aufzustellen, alle Parteimitglieder sollten Zutritt haben, die Nichtdelegierten mit beratender Stimme.⁷¹ Der Ausschuss schrieb den Quartiervereinen vor, welche Themen sie zu behandeln hätten, und beschloss, dass die Quartiervereine ihre Vertreter in der Delegiertenversammlung selber zu kontrollieren und dass sie in der nächsten Sitzung mitzuteilen hätten, wer unentschuldigt ferngeblieben war.⁷² Schliesslich ersuchte der Zentralvorstand die Quartiervereinsvorstände, ihre Wahlvorschläge dem geschäftsleitenden Ausschuss mitzuteilen, bevor sie sie ihren Vereinsversammlungen unterbreiteten.⁷³ So blieben die Quartiervereine zwar bestehen, hatten aber ihre Aufgabe, selbständig Kandidaten aufzustellen, an den Zentralvorstand verloren.

e) Gesellige Zusammenkünfte

Eine letzte Bemühung, den Zusammenhalt unter den Parteimitgliedern zu festigen, zielte daraufhin, die in jener Zeit allgemein üblichen geselligen Zusammenkünfte zu vermehren.

Einmal beschlossen die Mitglieder des Parteiausschusses, sich jeden Montag nach dem Nachtessen zu Rebleuten zum gemeinsamen Abendschoppen zu treffen.⁷⁴ Zu Rebleuten fanden auch die offiziellen Sitzungen des Parteiausschusses, der Kommissionen und des Vereins freisinnig-demokratischer Grossräte statt.⁷⁵

⁶⁷ StA 387 A1 Anfragen an die fP von Bern, Solothurn, Zürich Juni/Juli 1908

⁶⁸ PA 2.12.08

⁶⁹ DV 6.3.05

⁷⁰ PA 11.1.09

⁷¹ PA 17.8.09

⁷² PA 5.10.09 In der DV vom 3.2.10 wurde ein Stichappell gemacht. Aus dem St. Alban-, dem Bläsi- und dem Riehenquartier waren 17 Delegierte unentschuldigt abwesend.

⁷³ ZV 15.2.11

⁷⁴ PA 2.12.08

⁷⁵ Präsident des f Grossratsvereins an Göttisheim 7.6.06



Zunftthaus zu Rebleuten Freie Strasse 50
Lokal der Freisinnig-demokratischen Partei zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Um den Kontakt der Parteiführer mit den Mitgliedern zu fördern, richteten sie «gemütliche Vereinigungen» ein⁷⁶ und sahen öffentliche Versammlungen vor, zu denen auch Frauen einzuladen seien.⁷⁷

Zur Grosswerbung musste schliesslich der Bundesfeiertag erhalten. Er hatte nicht in erster Linie als allgemeine öffentliche Bundesfeier, sondern als festlicher Parteianlass zu dienen. Deshalb wurde er nicht als gemeinsame Feier mit neutralen Vereinen begangen. Die Veranstalter waren sich darüber klar, dass ohne historische Grundlage eine solche Parteifeier nur wenig Parteimitglieder anlocken würde⁷⁸, und sprachen ihre Absicht auch offen aus: «...da in einer gelungen durchgeführten Bundesfeier auch ein sehr wirksames Propagandamittel liegt, das geeignet sein dürfte, den Vereinen eine grosse Zahl von Gesinnungsgenossen als neue Mitglieder zuzuführen».⁷⁹

1906 fand die erste von der Partei offiziell begangene Bundesfeier statt. Man rechnete mit einem Aufwand von Fr. 800.–. Die Parteikasse hatte Fr. 400.– zu tragen, Fr. 400.– sollten die Quartiervereine aufbringen (d.h. 30 Rappen je Mitglied). Das billigste Angebot hatte die Postmusik gestellt. «Mit Rücksicht auf die uns zur Verfügung stehenden Geldmittel werden wir es wohl mit dieser Musik versuchen müssen.»⁸⁰ Auf Feuerwerk musste man der Kosten wegen (Fr. 300.–) verzichten. Das Fest im Sommercasino erlebte einen Massenandrang und brachte einen Überschuss von Fr. 270.– ein. 1908 betrug der Kostenvorschlag Fr. 1 600.–; an die Bundesfeier von 1911 zahlte die Parteikasse keinen Beitrag ausser dem Honorar von Fr. 100.– an den Festredner Dr. Rothenberger; 1912 musste sie jedoch Fr. 250.– an das Defizit von Fr. 1000.– beischiessen, das des schlechten Wetters wegen entstanden war.⁸¹ Daraufhin beschloss die Partei, in den folgenden Jahren die Partei-Bundesfeier fallen zu lassen.

Auch die Wilhelm-Klein-Feier des Jahres 1907 endete kläglich. Von 1100 Exemplaren der Festschrift liessen sich nur mit Mühe 200 verkaufen; der Rest sollte den Parteimitgliedern zu einem geringen Preis aufgedrängt werden.⁸²

Die Finanzen

Die Geldschwierigkeiten dauerten auch nach 1905 an. Einnahmen wie Ausgaben überstiegen in den folgenden Jahren Fr. 10 000.–. Die Quartiervereine überwiesen ihre Beiträge nicht rechtzeitig, weil sie selber in Geldschwierigkeiten steckten. «Mahnen sollte man allerdings die Quartiervereins-Kassiere nicht daran»,

⁷⁶ PA 22.1., 29.10.10, 27.10., 2.12.13

⁷⁷ PA 20.6.08

⁷⁸ Kommission für die Feier des 1. Augusts (Präsident Aemmer) an Göttisheim 8.6.06

⁷⁹ PA an Quartiervereine 5.7.06

⁸⁰ PA 29.6.06

⁸¹ PA 7.6., 28.9.11, 9.9.12

⁸² PA 29.5.07

schrieb der Parteikassier, «dass Fr. 1.– vom Beitrag jedes Mitglieds der Zentralkasse angehört und nicht für Quartiervereins-Ausgaben aus der Quartierkasse entnommen werden sollte.»⁸³ Der Kassier des St. Albanquartiers deutete die Nöte an: «Sende Ihnen hiemit unseren jetzigen Kassabestand als Beitrag in die Zentralkasse (Fr. 40.–), den Rest von Fr. 5.– werde ich Ihnen nach dem Einzug der Beiträge per 1910/11 zustellen.»⁸⁴

Das System, durch Sammellisten oder Einzüger freiwillige Beiträge zu erhalten, hatte seine Haken. Die Vorstände der Quartiervereine befürchteten, die Erhebung freiwilliger Beiträge werde manches Parteimitglied veranlassen, aus der Partei auszutreten.⁸⁵ Die ihm vom Parteiausschuss zugestellte Sammelliste schickte der Kassier des St. Albanquartiersvereins mit folgender Bemerkung zurück: «Ich habe dieselbe in der letzten Versammlung vorgelegt; allein es wollte sich niemand finden, der einen freiwilligen Beitrag zeichnen wollte, und Zeit zum Selbstnachlaufen habe ich leider keine, da ich von morgens sieben Uhr bis abends sieben Uhr im Geschäft sein muss! Ohnehin sind ja die Mitglieder unseres Quartiers, welche namhafte Beiträge leisten könnten, schon auf der Liste eingezeichnet! Überhaupt könnte unsere Quartierkasse geradesogut einen freiwilligen Beitrag gebrauchen wie die Zentralkasse.»⁸⁶ Die ungehaltene Äusserung des Zentralkassiers vermochte die Situation nicht zu ändern: «Ich füge meine Antwort in Kopie bei und hoffe, dass diesem „Parteigenossen“ der Standpunkt gründlich klargemacht werde, in einem offiziellen Schreiben des Parteiausschusses.»⁸⁷

Vorher hatte der Parteivorstand erwogen, den offiziellen Jahresbeitrag zu erhöhen, aber die Partei durfte ihre Mitglieder aus dem Mittelstand nicht vor den Kopf stossen. «Die obligatorischen Mitgliederbeiträge aber setze man möglichst niedrig an», schrieb Schäppi an Rothenberger, «um die kleinen Leute nicht abzuschrecken. Denn wir brauchen die kleinen Leute, wenn die Partei nicht zurückgehen, sondern vorwärts marschieren soll.»⁸⁸ Endlich beschloss die Parteileitung, statt gelegentlicher Sammlungen regelmässig jedes Jahr freiwillige Beiträge einzuziehen und empfahl, eine Reserve für ausserordentliche Anlässe anzulegen.⁸⁹ Die Freude über den ersten Erfolg dauerte nicht lange: Die Geldnöte setzten schon im folgenden Jahr wieder ein.

So blieb nichts anderes übrig, als dass die Parteispitzen weiterhin mit grossen Beträgen die Parteikasse aufneten und damit ihre eigene politische Tätigkeit ermöglichten. «In der Kommissionssitzung vom 3. Mai geschah dann ein grosser

⁸³ StA 387 A7 23.9.09

⁸⁴ StA 387 A1 11.6.10

⁸⁵ StA 387 A1 29.4.10

⁸⁶ A. Weiss-Brendle, Kassier des St. Albanquartiersvereins, an Parteikassier C. Brenner-Senn 11.6.10

⁸⁷ Brenner-Senn an Rothenberger 14.6.10

⁸⁸ Schäppi an Rothenberger 11.10.09

⁸⁹ Begleitschreiben von C. Brenner-Senn an Rothenberger vom 6.10.10 zur Kassarechnung der FdP BS per 30.6.10

KASSA - RECHNUNG
der Freisinnig Demokratischen Partei
Basel
pro 30. Juni 1910.

A. Einnahmen:

1909 Juli 1. I. Saldovortrag:	a) Guthaben bei d. Kantonalbank	fs. 53.-	
	b) in bar	" 730.-	
1909/10		total:	fs. 783.-
II. Beiträge der Quartiervereine pro 1909/10:			
1) Aeschen-Quartier-Verein:		fs. 212.-	
2) Jungfreis.Verein:		" 240.-	
3) Vereinigte Freis.v.Klein-Basel:		" 108.-	
4) Stadt-Quartier-Verein:		" 51.-	
5) Spalen-Quartier-Verein:		" 92.-	
6) St. Johann-Quartier-Verein:		" 118.-	
7) Horburg-Q.-V.:		" 96.-	
8) Alban-Q.-V.:	fs. 45.-	" 40.-	
	ab: Rückstend:	" 5.-	
9) Steinen-Q.V.:		" 115.-	
		1,065.-	
10) Kesselsaldo Freis. Centralverein		34.45	" 1,099.45
III. Allg. Sammlun. freiw. Beiträge: bezeichnet/bezahlt:			
1) Allg. Liste der Parteikasse:	3,280.-	3,282.-	
2) Liste Aeschen-Q.V.:	715.-	985.-	
3) Vereinigung Klein-Basel:	497.50	357.50	
4) Spalen-Q.V.:	379.-	249.-	
5) Stadt-Q.-V.:	232.-	105.-	
6) Horburg-Q.V.:	160.-	145.-	
7) Steinen-Q.V.:	140.-	-----	
8) Alban-Q.-V.:	-----	-----	
	fs. 5,423.50/	5,023.50	" 5,023.50
	Rückst.:	400.-	
	fs. 5,423.50	5,423.50	
IV. Zinsen der Kantonalbank:			
			15.10
			fs. 8,921.05

B. Ausgaben:

1909/10 I. Nachtragesabnahmen pro 1909/9:			
a) Richterwahlen:		18.75	18.75
	in 1908/9 bezahlt:	641.80	
	total:	660.55	
b) Gesellige Partei-Verbindung:		42.-	
		6.85	48.85
c) Wahlen in d. Bundesversammlung:		662.65	662.65
	in 1908/9 bezahlt:	3,134.92	
	total:	3,797.57	fs. 780.25
II. Kostenanteil an Versamml. betr. Hausenstein-Besistunnel:			88.55
III. Direkte Kosten f. Föderationswahlen:			67.-
IV. Kosten für Partei-Vorträge:			52.40
V. " " Delegierten-Versammlungen & Parteitage:			69.80
VI. " " Allg. Sammlun. freiwilliger Beiträge:			113.55
VII. Verütund der Gerichtskosten am Falle Meury an			229.30
	ab: zügl. Beitrag der Jungfreis. Verein. hierzu:	54.25	175.05
VIII. Allg. Sekretariatskosten, incl. Honorar:		157.65	
	Div. Porti, Telegr. & Circulare 1909/10:	91.-	248.65
IX. Gebühren a/ Postcheck-Konto:			2.40
Juni 30. Saldovortrag:	a) Guthaben b/d. Kantonalbk.	4,085.-	
	b) " " a/ Postcheck	-----	
	Conto:	985.25	
	c) in bar:	373.15	5378.40
			fs. 6,921.05

Der Centralkassier:
E. Brunner

Pump bei den Herren freisinnigen Grossräten unseres Quartiers.»⁹⁰ Schäppi forderte: «In erster Linie sollten diejenigen, die durch die Partei zu Amt und Würden gekommen sind, einen jährlichen freiwilligen Beitrag leisten, in zweiter Linie andere gutsituierte Parteigenossen.»⁹¹ 1909 stellte der Parteipräsident fest, dass jährlich etwa Fr. 16 000.– durch private Opfer aufgebracht würden.⁹² Der Verein freisinniger Grossräte überwies regelmässig jedes Jahr Fr. 500.– an die Parteikasse, dazu von Fall zu Fall weitere Beträge und die einzelnen Grossräte eigene freiwillige Beiträge. Als die Zahl der freisinnigen Grossratsmitglieder nach der Einführung des Proporzwahlsystems stark zurückging, sahen sie sich ausserstande, diese Leistung aufrecht zu erhalten.⁹³ Der Parteiausschuss versuchte, auch die freiwilligen Beiträge zu institutionalisieren; er beschloss einmal, die Quartiervereine hätten die freiwilligen Beiträge gleichzeitig mit den festen einzuziehen,⁹⁴ und forderte die führenden Männer auf, «feste freiwillige Jahresbeiträge» zu zahlen.⁹⁵ Er vermochte sich jedoch nicht durchzusetzen.

Die Presse

a) Die National-Zeitung

Als die Partei 1904 neu organisiert wurde, musste sie auch ihr Verhältnis zur Presse neu regeln. Die National-Zeitung war ein Privatunternehmen, aber der Freisinnigen Partei eng verbunden: Die Redaktoren waren Quartiervereins-Präsidenten; Parteiprogramme und Parteibeschlüsse veröffentlichte die Zeitung an bevorzugter Stelle. Nun versuchte die Parteileitung, aus der National-Zeitung ein offizielles Parteiorgan zu machen. Fritz Amstein lehnte jedoch im Namen von Redaktion und Verlag die Bedingungen ab. Er erklärte sich zwar bereit zu prüfen, ob es möglich sei, den politischen Teil anders zu gliedern, z.B. alle Vereinsberichte in einer besonderen Beilage zu veröffentlichen. Hingegen beharrte er darauf, von gegnerischen Parteien Inserate und Namensvorschläge für Wahlen anzunehmen, und lehnte eindeutig das Ansinnen ab, alle Zuschriften und Einsendungen zur Basler Politik der Zensur des Parteiausschusses zu unterbreiten.⁹⁶ So blieb die National-Zeitung ein Privatunternehmen, zwar getragen und geschrieben von freisinnigen Politikern, aber eben dem Einfluss und den Spannungen der Parteileitung entzogen.⁹⁷

⁹⁰ St. Johannquartierverein Ende Mai 1907

⁹¹ Schäppi an Rothenberger 11.10.09

⁹² PA 16.10.09

⁹³ PA 31.5.07

⁹⁴ PA 8.3.10

⁹⁵ PA 31.3.10

⁹⁶ StA 387 A1 Amstein an P 26.12.05

⁹⁷ Auflage Juni 1912: 25 000 Exemplare

b) Die Basler Zeitung

Mehr Gehör fand der Parteiausschuss bei der Basler Zeitung. Schon Ende 1904 erwog er, die Basler Zeitung zum offiziellen Organ der Freisinnig-demokratischen Partei zu machen, und nahm Besprechungen mit ihr auf. Der Verwaltungsrat der Basler Zeitung erklärte sich bereit, eine Redaktionskommission anzunehmen, «welche in rein politischen Fragen der Blattredaktion beratend und mitbestimmend zur Seite steht».⁹⁸ Ein paar Tage später beschloss der Parteiausschuss, die Basler Zeitung als Organ der Freisinnig-demokratischen Partei zu erklären, und entsandte vier Mitglieder und zwei Stellvertreter in die Redaktionskommission. Als Vertreter der Zeitung gehörten ihr der Verwaltungsratspräsident Dr. E. Kury und ein Stellvertreter an. Eine Partaidelegation arbeitete das Statut «Organisation und Kompetenzen der Redaktionskommission der Basler Zeitung» aus; der Verwaltungsrat der Basler Zeitung genehmigte es, und Anfang Februar 1906 trat es in Kraft.

«Die Redaktionskommission hat die Aufgabe, ein engeres Verhältnis zwischen der Partei und der Zeitung herzustellen, in welchem die Interessen der ersteren, ihre Grundsätze und Ziele in viel intensiverer Weise zur Berücksichtigung gelangen, als dies bisher der Fall war. Es soll insbesondere danach getrachtet werden, dass die Zeitung im Sinn und Geist unserer freisinnig-demokratischen Prinzipien geleitet wird und dass sie für die Durchführung der kantonalen und eidgenössischen Programmpunkte und Postulate und für Beschlüsse der Partei mit aller Entschiedenheit, jedoch in sachlicher Weise und unter Vermeidung zweckloser Polemik eintritt ... Endlich soll bei persönlichen Angriffen auf Parteiangehörige seitens der gegnerischen Presse in politischen Dingen oder anlässlich der politischen Aktionen die Redaktionskommission dafür besorgt sein, dass diejenigen Abwehren getroffen werden, welche im Interesse der Partei notwendig erscheinen. Die Basler Zeitung hat in solchen Fällen ihre Spalten unbeschränkt zur Verfügung zu halten.»⁹⁹

Ein gedrucktes Zirkular orientierte die Mitglieder der Freisinnig-demokratischen Partei über die Basler Zeitung und forderte sie auf, die Zeitung zu abonnieren und zu verbreiten.¹⁰⁰

Die rasch geschlossene Verbindung von Freisinnig-demokratischer Partei und Basler Zeitung stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. Es gelang sowe-nig, einen allseitig anerkannten Chefredaktor zu finden, wie von den führenden Parteimitgliedern Artikel zu erhalten. An Aktien wurden 100 Stück zu Fr. 250.– ausgegeben. Aber kein Regierungsrat, kein Mitglied der eidgenössischen Räte zeichnete neue Aktien; einzig Dr. O. Schär setzte durch persönliche Fürsprache

⁹⁸ StA 387 A1 Verwaltungsrat der BZ an PA 26.12.05

⁹⁹ PA an Verwaltungsrat BZ 30.12.05; Briefwechsel zwischen PA und BZ Januar und Februar 1906

¹⁰⁰ StA 387 A2 26.3.06

sieben Prioritätsaktien ab. Die finanzielle Grundlage war somit zu klein. Da die Partei dem Blatt sowohl finanziell wie publizistisch teilnahmslos gegenüberstand, drohte der Verwaltungsrat mit dem Rücktritt.¹⁰¹

Den tödlichen Stoss versetzte der serbelnden Verbindung zwischen Blatt und Partei die Spaltung der Partei, die scharfe Auseinandersetzung zwischen dem linken und dem rechten Flügel. Als Chefredaktor war schliesslich Emanuel Schächli, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Vereinigung, eingesetzt worden. In der Redaktionskommission gab Dr. O. Schär den Ton an. Der rechte Flügel war erbittert. Das Unternehmen der Basler Zeitung ertrug die Spaltung nicht. Am 30. August 1907 beschloss die Generalversammlung den Verkauf des Blattes. Ende September verschwand aus dem Kopf der Basler Zeitung die Bezeichnung «Organ der Freisinnig-demokratischen Partei» und ging das Blatt in den Besitz des Verlages Birkhäuser über. Hermann Stegemann wurde Mitglied der Redaktion, und Schächli musste zurücktreten. Die Basler Zeitung war vom linken Flügel auf den rechten hinübergeschwenkt. Sie erklärte, sie werde eine bestimmte Richtung der Partei bekämpfen; bei Wahlen und Abstimmungen stehe sie der Freisinnigen Partei zur Verfügung, «getreu den Prinzipien der Freisinnig-demokratischen Partei und zugleich im Geiste bürgerlicher Solidarität gegenüber einer zum revolutionären Terrorismus übergegangenen Sozialdemokratie».¹⁰²

Der verärgerte Dr. O. Schär organisierte eine Vertrauensmänner-Versammlung, und diese bezeichnete die National-Zeitung als Vertrauensorgan. In der Parteiausschuss-Sitzung vom 27. November 1907 erzwang er eine Aussprache über die Basler Zeitung. In dieser Sitzung trennte sich Schär von der Partei und rechneten die Rechtsfreisinnigen mit der bisherigen Leitung der Basler Zeitung ab. «Schär und fast alle linksfreisinnigen Führer waren nicht Prioritätsaktionäre der Basler Zeitung. Auf Grund eines Zirkulars, aus dem der wahre Stand der Geschäfte nicht ersichtlich war, suchte man in unserer Partei Prioritätsaktionäre, brachte sie zusammen, und bevor der letzte Viertel einbezahlt war, musste man der Generalversammlung Kenntnis geben von der vorhandenen Unterbilanz. Der linke Flügel, der ganz die Zeitung in seinen Händen hatte, genierte sich nicht, in dieser Zeitung Stellung zu nehmen gegen den Flügel, der für die Zeitung das Geld gab. Was dann weiter ging mit der Basler Zeitung, hatte nur den Zweck, zu verhüten, dass auch die Partei an den Rand eines Konkurses kam durch einen Konkurs der Zeitung.»¹⁰³

Ein halbes Jahr später erwarben die Herren Horand und Schmidt die Zeitung von E. Birkhäuser. Die neuen Verleger erklärten, dass die Basler Zeitung der Freisinnig-demokratischen Partei weiterhin als freisinniges Organ zur Verfügung stehen werde.¹⁰⁴ Der Parteiausschuss lehnte es jedoch strikte ab, die Basler Zeitung

¹⁰¹ StA 387 A2 20.12.06

¹⁰² BZ 15.10.07

¹⁰³ PA 27.11.07

¹⁰⁴ PA 23.3.08

wieder zum offiziellen Parteiorgan zu erklären,¹⁰⁵ ja er musste sogar eine Kommission einsetzen, weil die Basler Zeitung interne Parteistreitigkeiten veröffentlicht hatte. Dennoch baten Horand und Schmidt die Garanten der Basler Zeitung um weitere Geldmittel;¹⁰⁶ doch da die Haltung des Blattes vielen Parteimitgliedern nicht passte, gingen keine Zeichnungen ein, und der Parteiausschuss beschloss, «von einer offiziellen oder offiziösen Unterstützung der Basler Zeitung durch die Partei Umgang zu nehmen».¹⁰⁷ So wandten sich nach dem endgültigen Bruch zwischen Partei und Basler Zeitung die Sympathien wieder mehr der National-Zeitung zu, denn «wo die Interessen einzelner Kreise der Bevölkerung einander widerstreiten, sucht sie (die National-Zeitung) versöhnend und vermittelnd zu wirken.»¹⁰⁸

Die leitenden Persönlichkeiten

Dr. Paul Scherrer, Dr. Oscar Schär und Dr. Victor Emil Scherer führten in den 1905 mit Schärfe einsetzenden parteiinternen Kämpfen die drei Gruppen an: Scherrer die Mitte und den rechten Flügel, der sich den Liberal-Konservativen, Schär den linken Flügel, der sich den Sozialdemokraten annähern wollte, und Scherer die Jungfreisinnigen. An jeden der drei schloss sich ein Gesinnungsfreund an: Dr. Emil Göttisheim, der Sohn Ständerat Göttisheims, an Scherrer, Dr. Albert Huber an Schär und Redaktor Emanuel Schäppi an Scherer. In den letzten Jahren vor dem Weltkrieg erarbeitete sich Dr. Christian Rothenberger eine führende Stellung in der Freisinnig-demokratischen Partei.

Dr. *Paul Scherrer*¹⁰⁹ wurde 1905 im Parteiausschuss von den Jung- und den Linksfreisinnigen so scharf angegriffen, dass er beschloss, an den Beratungen des Parteiausschusses nicht mehr teilzunehmen: «Wenn andererseits meine Handlungsweise am Parteitage in den schärfsten Ausdrücken als ungeschickt und unkorrekt bezeichnet worden ist, so bin ich zwar weit entfernt, dieses offene Urteil irgend jemand persönlich übelzunehmen; ich will vielmehr gerne annehmen, dass dasselbe, nachdem es von keiner Seite den geringsten Widerstand erfahren hat, seine volle Berechtigung habe. Allein andererseits muss ich doch gestehen, dass ich diese „biedere Offenheit“ meiner Parteifreunde endlich gründlich satt habe. Ich mache nun seit 20 Jahren bei der Partei mit, aber es ist mir nicht Erinnerung, dass eine nur annähernd derartige Sprache je gegenüber einem Parteigenossen geführt worden wäre, wie das nun seit einiger Zeit mir gegenüber geschehen ist.»¹¹⁰

¹⁰⁵ PA 2.6.08

¹⁰⁶ Rothenberger an die Garanten der BZ 9.3.09

¹⁰⁷ PA 17.8.09

¹⁰⁸ Rothenberger an der DV vom 17.6.12, StA 387 A7

¹⁰⁹ s. S. 85ff.

¹¹⁰ StA 387 A5 Scherrer an Göttisheim 22.11.05

Als Ständerat war er zwar ex officio Mitglied des Parteiausschusses, blieb aber zwei Jahre lang den Sitzungen fern. Erst 1907 erschien er wieder: Damals musste der Parteiausschuss für den zurückgetretenen Regierungsrat Heinrich Reese einen Nachfolger als Vorsteher des Baudepartementes aufstellen; die Partei drohte zu zerfallen, weil der rechte Flügel auf der Nomination Nationalrat Göttisheims, der linke auf der Nomination Gerichtspräsident Schärs beharrte. Um den «Krieg in der eigenen Partei» zu vermeiden, schlug Scherrer den politisch unbedeutenden Professor am Technikum Burgdorf Armin Stöcklin vor und konnte dessen Nomination im Parteiausschuss, in der Delegiertenversammlung und im Parteitag durchsetzen.¹¹¹

Am Ende des Jahres 1907 wurde die Basler Zeitung Anlass zu einer noch tiefergehenden Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteiflügeln. Scherrer zog eine scharfe Trennungslinie gegen Dr. Schär und die Jungfreisinnigen: «Wo hat Schärs ausser Phrasen positive Tatsachen gebracht?»¹¹² Scherrer stellte nicht selber den Trennungsantrag, sondern schob den schwarzen Peter den Linksfreisinnigen zu. Nach Schärs Austritt stimmte der Parteitag Scherrers Resolution zu, die den Zusammenhalt innerhalb der Partei festigen wollte, nahm jedoch noch einen Passus des Jungfreisinnigen Schächli an, der die Partei auf «kräftige Sozialreform» verpflichtete.¹¹³

Damit war die Freisinnig-demokratische Partei auf die sozialreformerische Linie eingeschwenkt; Scherrer zog sich endgültig aus den Auseinandersetzungen der Basler Partei zurück. Er blieb bis 1914 Mitglied des Zentralvorstandes der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, von 1907 bis 1910 als Präsident, übernahm 1908 im Basler Jahr, als Bundesrat Brenner Bundespräsident und Nationalrat Speiser Nationalratspräsident wurde, das Präsidium des Ständerates. Nachher konzentrierte er sich auf die militärische und die berufliche Tätigkeit und trat 1919 aus dem Ständerat und aus der Politik überhaupt zurück.

Oscar Schärs Vater war aus dem Bernbiet nach Basel gezogen. Zuerst Käser und Käsehändler, später Handelslehrer an der Oberen Realschule in Basel und Professor an der Handelshochschule Berlin, schliesslich Direktor des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine, hatte Johann Friedrich Schär eigenwillig seine berufliche Laufbahn gestaltet; ebenso eigenwillig machte er Politik. Er war von 1891 bis 1903 freisinnig-demokratischer Grossrat in Basel, zuletzt Präsident des Vereins freisinniger Grossräte. Sein Abgang von Basel kennzeichnet ihn. An der letzten Delegiertenversammlung vor seinem Wegzug setzte er sich, im Gegensatz zu Ständerat Scherrer, für den eidgenössischen Zolltarif ein. Als Scherrer Stimmfreigabe verlangte, verliess Schär protestierend, «Vergewaltigung, Terrorisieren»

¹¹¹ PA 4.1., 11.1., 14.1.07; DV 17.1.; PT 22.1.07; s. S. 121ff.

¹¹² PA 27.11.07

¹¹³ PT 24.1.08

rufend den Saal.¹¹⁴ An der darauffolgenden Sitzung beschloss der Parteiausschuss, für den nach Zürich ziehenden Professor Schär eine Abschiedsfeier zu veranstalten und ihm ein Dankschreiben der Partei zu überreichen.¹¹⁵

Ebenso eigenwillig und impulsiv war sein Sohn. *Karl Oscar Schär* wurde am 7. Juni 1868 in Wattenwil geboren, schloss seine Schulzeit nach dem Besuch von Berner Schulen am Gymnasium in Basel ab. Er studierte in Basel, München und Heidelberg und erwarb 1893 das juristische Doktordiplom. Obwohl er Mitglied der Helvetia war, hielt er sich politisch noch zehn Jahre zurück. Dr. Paul Scherrer nahm ihn als Volontär in sein Anwaltsbüro auf; 1896 war er bereits Strafgerichtspräsident (bis 1909). Wie sein Vater setzte er sich für die Genossenschaftsbewegung ein, wurde 1898 Verwaltungsrat, 1909 vollamtlicher Generalsekretär und Vizepräsident und war endlich von 1934 bis 1939 Präsident des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine. Diese Tätigkeit im VSK war anfänglich ein Hindernis in seiner politischen Laufbahn. Als der Vater aus der Basler Politik ausschied, trat der Sohn in seine Fussstapfen, ersetzte ihn 1903 als eidgenössischer Delegierter und wurde somit 1904 Mitglied des Vororts der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz; im November 1904 war er Mitglied des Parteiausschusses, im März 1905 bereits Vizepräsident der Freisinnig-demokratischen Partei Basel-Stadt. 1905 wählte ihn das Steinenquartier zum Grossrat. Wie sein Vater forderte er die Verstaatlichung der Wasserkräfte und eine soziale Bodenpolitik, d.h. die Erweiterung des Gemeindegrundbesitzes. In den drei Jahren bis zu seinem Austritt entfachte er in der erlahmten Partei einen wahren Feuerwirbel.

Von Anfang an vertrat er – die Tradition Wilhelm Kleins aufnehmend – den demokratischen Standpunkt, lief als Linksfreisinniger Sturm gegen die Industriellen und Handwerksmeister, welche die Partei in ihrem Sinne führten, und hoffte, die gesamte Partei auf den demokratischen Linkskurs zu bringen. Die bestürzende Niederlage der Freisinnig-demokratischen Partei in den ersten Proporzgrosratswahlen von 1905 veranlasste ihn, den Ursachen nachzugehen. In einem grossangelegten, gründlich dokumentierten Referat – er hatte die Zusammensetzung der Basler Bevölkerung nach Berufsgruppen untersucht – kritisierte er das Verhalten von Parteileitung, Grossratsfraktion und Regierungsräten und verlangte eine Schwenkung der Partei nach links; die Partei müsse sich vor allem auf die kaufmännischen Angestellten und die eidgenössischen Beamten stützen.¹¹⁶ Schär suchte auch die Basler Zeitung in diese Richtung zu ziehen.¹¹⁷ In Sachfragen wollte er mit der Sozialdemokratischen Partei zusammenarbeiten, bekämpfte jedoch deren Verstaatlichungspläne.

¹¹⁴ DV 18.2.03

¹¹⁵ PA 21.3.03

¹¹⁶ PA 20.9.06

¹¹⁷ PA 5.11.06

Die Gewerbetreibenden leisteten erbitterten Widerstand. Sie drohten ihm mit dem Ausschluss aus der Partei, wenn er seine Kandidatur für die Nationalratswahlen von 1905 nicht zurückziehe. Zugehörigkeit zum ACV sei unvereinbar mit einem öffentlichen Mandat. Eine spätere Kandidatur verunmöglichte ihm das neue Appellationsgerichtsgesetz; es legte fest, dass Gerichtspräsidenten und Staatsanwälte in die eidgenössischen Räte nicht wählbar seien. Schliesslich wurde Schär 1907 auch noch bei der Ersatzwahl für Regierungsrat Reese übergangen.

Schär zog die Konsequenzen: Ende 1907 legte er seine Parteiämter nieder. 1905 hatte er sich an der Gründung der schweizerischen Demokratischen Partei beteiligt;¹¹⁸ 1908 wurde er als einziger Vertreter der kurz zuvor von ihm in Basel geschaffenen Demokratischen Partei in den Grossen Rat gewählt (zwar nur für eine Periode). 1909 wurde er Präsident des Vereins der Basler Staatsangestellten. Er versuchte also, was er in der Freisinnig-demokratischen Partei nicht erreicht hatte, mit einer eigenen Partei und einer auf ihn ausgerichteten Wählerschaft durchzusetzen. Aber 1917 trat er wieder in die Freisinnig-demokratische Partei ein und wurde im gleichen Jahr zum Nationalrat gewählt (bis 1929). Er starb 1947.

Victor Emil Scherer, geboren 1881, Sohn eines Commis, stieg schon im jugendlichen Alter in die politische Arena, Jahre bevor er in den Grossen Rat gewählt wurde. Jugendlich – er war noch nicht 22jährig – bestand er nach dem Studium der Rechte und der Nationalökonomie in Basel sein juristisches Dokorexamen, wurde ein Jahr später Advokat und 25jährig Syndikus der Firma Buss AG in Pratteln.

Ende 1904 organisierte er zusammen mit Redaktor Emanuel Schäppi die junge Generation innerhalb der Freisinnig-demokratischen Partei Basel-Stadt; die Jungfreisinnige Vereinigung sollte soziale Reformen durchsetzen. Schäppi und Scherer hatten jedoch mit den Sozialdemokraten das Heu nicht auf der gleichen Bühne. Sie betonten von Anfang an den vaterländischen Standpunkt, organisierten Staatsbürgerkurse für junge Schweizerbürger und Vorbereitungen auf die Rekrutenprüfungen und schufen in der Jungfreisinnigen Vereinigung eine Sektion für neuere Schweizergeschichte, die jährlich 12 Sitzungen abhielt.

Als die alten Herren der Partei 1905 Schärs Nationalratskandidatur torpedierten, missbilligte zwar Scherer Schärs eigenwillige Gegenmassnahmen, protestierte aber energisch gegen die Machenschaften des rechten Flügels und drohte mit dem Austritt der Linksfreisinnigen. Schär zog die Konsequenzen und trat aus der Partei aus; Scherer blieb und vermochte das Vertrauen des rechten Flügels zu erwerben. 1911 wurde er Grossrat, 1912 Präsident der Jungfreisinnigen Vereinigung, 1913 Präsident des Vereins freisinniger Grossräte. Ausserordentlich aktiv, hielt er zahlreiche Referate in den Quartiervereinen über politische, juristische und nationalökonomische Fragen; sehr impulsiv griff er im Parteiausschuss und im Grossen Rat seine Gegner an und erregte den – rasch verrauchenden – Zorn seiner Parteigenossen.

¹¹⁸ NZ 23., 26., 28.3.05



Dr. Victor Emil Scherer

Am Ende des ersten Weltkrieges gründete er den Nationalen Block, wurde zum Exponenten der bürgerlichen Parteien in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei. 1919 wurde Scherer als Nachfolger Scherrers in den Ständerat gewählt; von 1929 bis zu seinem Tode (1941) vertrat er die Freisinnigen im Nationalrat.

Christian Rothenberger war ein unermüdlicher Arbeiter sowohl im Studium wie beruflich und politisch. Geboren wurde er 1868 in Buchs (St. Gallen); 1889 erwarb er das Reallehrerpatent, unterrichtete in der Westschweiz und von 1894 bis 1900 an der Basler Mädchensekundarschule. Daneben studierte er an den Universitäten Genf, Basel und Bern, promovierte 1897 zum Doktor phil. I, 1900 zum Doktor jur. Während seiner Studienzeit war er Mitglied der Zofingia. 1901 eröffnete er in Basel ein Advokaturbüro; bald übernahm er dazu die Aufgabe, die Interessen des eidgenössischen Personals zu vertreten: Er wurde Sekretär des Verbandes Schweizerischer Post-, Telegraphen- und Zollangestellten und Redaktor der Verbandszeitung «Union»; von 1905 bis 1909 war er Präsident des Föderativverbandes des eidgenössischen Personals. Schon vor seiner Wahl zum Nationalrat und dann als Mitglied der Volkskammer kämpfte er für die Wählbarkeit der eidgenössischen Beamten. Verheiratet war er mit der Tochter Wilhelm Kleins; in gewissem Sinne führte er dessen Bestrebungen weiter. Kirchlich fortschrittlich, leitete er von 1903 bis 1908 den freisinnigen Münsterverein, war 1911/12 Kirchenrat und von 1912 bis 1924 Mitglied der Kirchensynode und regte die Bewegung für freies Christentum an.

In die Politik trat er erst nach dem Abschluss seiner juristischen Studien ein, gehörte jedoch bereits 1900 dem Vorstand der Freisinnig-demokratischen Partei an. Von 1902 bis 1907 unterzog er sich der dornigen Aufgabe, im St. Albanquartier den Quartierverein zu leiten. 1905 wurde er in den Grossen Rat gewählt. 1907/08 war er Fraktionspräsident und von 1908 bis 1911 Präsident der Freisinnig-demokratischen Partei Basel-Stadt; Nationalrat war er von 1908 bis 1919.

In den Auseinandersetzungen zwischen den Links- und den Rechtsfreisinnigen hielt sich Rothenberger zurück; kein einziges Mal ergriff er das Wort. Wichtiger als Personenfragen waren ihm die Fragen der Parteiorganisation sowohl auf kantonaler wie auf eidgenössischer Ebene. Als erster Parteipräsident verfasste er einen Jahresbericht; bisher hatten nur die Quartiervereine der Delegiertenversammlung Bericht erstattet. Mit einer gründlichen Untersuchung von 31 Folioseiten beurteilte Rothenberger sehr kritisch Organisation, Tätigkeit und Entwicklung der Partei. Als Krebsübel prangerte er die Teilnahmslosigkeit der Mitglieder an, Teilnahmslosigkeit der Quartiervereinsmitglieder, die zu den Versammlungen nicht erschienen, der Grossräte, die bei wichtigen Wahlen fehlten, der Regierungsräte, die den Kontakt mit dem Parteiausschuss verloren, der Presse, welche in erster Linie geschäftliche Ziele verfolgte.¹¹⁹

¹¹⁹ StA 387 A7 Jahresbericht 1908/09 der FdP BS 1.10.09, PA 11.1.09

Die Quartiervereine betrachtete er als überholt, weil sie ein zu kleines Gebiet erfassten – er hatte viele Referate über die kantonale und die eidgenössische Politik und über Rechtsfragen vor beinahe leeren Bänken gehalten. Stichprobenweise machte er bei den einzelnen Quartiervereinen Appell, um die unentschuldig Fehlenden festzustellen. Eine Änderung erreichte er aber nicht.

Um die Organisation der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz erwarb sich Rothenberger grosse Verdienste durch die Schaffung des ständigen Parteisekretariats.

Die Struktur der Partei

Es erübrigt sich zu wiederholen, was über die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur bereits gesagt worden ist.¹²⁰ Auch über die Entwicklung von Partei und Parteiorganisation ist im grossen und ganzen nichts Neues zu bemerken; nur auf besondere Verschiebungen wird noch hinzuweisen sein. Während in der freisinnig-demokratischen Fraktion und in der Delegiertenversammlung das Verhältnis von Alt- und Neubaslern bestehen blieb (3:4), zog nun auch der Zentralvorstand nach. Die Erweiterung durch die Präsidenten der Quartiervereine verschaffte den Neubaslern auch im Zentralvorstand die Mehrheit.

Der schon am Ende des 19. Jahrhunderts beginnende Zerfall des christkatholischen Anteils in der Freisinnig-demokratischen Partei schritt rasch voran. 1914 gehörte nur noch ein Christkatholik der freisinnig-demokratischen Grossratsfraktion an. Aber auch der Anteil der Römisch-Katholiken ging zurück (1902: sechs, 1914: zwei freisinnig-demokratische Grossräte). Die 1905 gegründete Katholische Volkspartei nahm jetzt die Katholiken unter den zugewanderten Schweizern auf.

Während in Basel alle übrigen Berufsgruppen grösser wurden, ging die Zahl der Angehörigen von vier Berufsgruppen zurück: Kaufleute, Industrielle, Wirte und Landwirte. Die Freisinnig-demokratische Partei machte diesen Rückgang mit. Waren 1902 Grosskaufleute und Industrielle die stärksten Berufsgruppen in der freisinnigen Grossratsfraktion gewesen, so sassen 1914 nur noch je zwei freisinnige Grosskaufleute und Industrielle im Grossen Rat. Mit fünf Grossräten waren nun die Advokaten am stärksten vertreten. Im Zentralvorstand fehlten 1914 überhaupt Kaufleute und Industrielle, die Advokaten hielten wie 1903 mit beinahe der Hälfte die Spitze. Ganz eindeutig war die Freisinnig-demokratische Partei Basel-Stadt zu einer von Advokaten geführten und vertretenen Partei geworden.

Untersucht man die sozialen Schichten, erkennt man am deutlichsten, dass die Partei nur noch einen kleinen Anteil der Bevölkerung vertrat. In der Volkszählung von 1911 standen die Selbständigerwerbenden zum ersten Mal nicht mehr an der Spitze; sie waren hinter die Hilfs- und die Berufsarbeiter auf den dritten Platz zu-

¹²⁰ s. S. 90ff.

rückgefallen und machten mit den oberen Angestellten zusammen 31,1% aus. Dieser Umschichtung wollten die linksfreisinnigen Führer der Freisinnig-demokratischen Partei Rechnung tragen. Die Arbeiter waren zur Sozialdemokratischen Partei abgeschwenkt; nun versuchten Schär, die Jungfreisinnigen und später Rothenberger zu verhindern, dass die eidgenössischen Angestellten, die Commis, und die Beamten auch noch abfielen und die kaufmännischen Angestellten der Privatbetriebe ebenfalls zur Sozialdemokratischen Partei übertraten. Die Parteilite gehörte jedoch beinahe ausschliesslich den Gruppen der Selbständigerwerbenden und der leitenden Angestellten an. In der Delegiertenversammlung von 1911 waren 80,3% Selbständigerwerbende und obere Angestellte; in der Fraktion von 1914 und im Zentralvorstand sassen überhaupt keine Angehörigen anderer Schichten.

In allen drei Gremien (Zentralvorstand, Delegiertenversammlung, Grossratsfraktion) waren die beiden Schichten ungefähr gleich stark, d.h. die Selbständigerwerbenden hatten ihr Übergewicht in der Partei verloren. 1902 waren noch mehr als die Hälfte der selbständig-tätigen Grossratsmitglieder Freisinnige gewesen. In den Proporzahlen wandte sich die Bevölkerung anderen Parteien zu und wählte die Selbständigerwerbenden der Konservativen, der Katholiken und der Fortschrittlichen Bürgerpartei (des ehemaligen Hausbesitzervereins) in den Grossen Rat.

Aus dem Vergleich der sozialen Schichten der Wahlquartiere mit der sozialen Stellung der Grossräte lassen sich folgende Erkenntnisse gewinnen: 1905 waren die Freisinnigen die Partei vor allem der mittleren Angestellten, der oberen Angestellten und der Selbständigerwerbenden. 1911 bildeten die oberen Angestellten den Hauptteil der freisinnig-demokratischen Anhängerschaft; der Anteil der Selbständigerwerbenden war ein wenig zurückgegangen. Entscheidend wurde das Verhalten der mittleren Angestellten. Die mittleren Angestellten, die sich 1902 in einigen Quartieren und 1905 am stärksten von allen Schichten für die Freisinnigen eingesetzt hatten, kehrten ihnen 1911 grösstenteils den Rücken.¹²¹ Die Entwicklung lässt sich so zusammenfassen: Die Freisinnig-demokratische Partei war geschrumpft, hatte sich in ihrer Basis wie in ihrer Spitze auf die oberen Angestellten und in etwas geringerem Mass auf die Selbständigerwerbenden eingeeengt.

Die Beziehungen der Freisinnig-demokratischen Partei Basel-Stadt zur Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz

Von 1904 bis 1907 stellten die Basler Delegierten den Vorort der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. Unter der Leitung von Ständerat Scherrer erarbeiteten sie sogleich Parteistatuten und Parteiprogramm. Die Grundsatzerklä-

¹²¹ Lüthi S. 79ff.

zung (Artikel 1 der Statuten) war bereits am 31. Januar 1904 von der Delegiertenversammlung beschlossen worden: «Die freisinnig-demokratische Partei der Schweiz bezweckt die Förderung der Volkswohlfahrt auf dem Boden der Freiheit, Gleichheit und Volksherrschaft. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen der Denkfreiheit, der freien wissenschaftlichen Forschung, der freien Meinungsäusserung, der Freiheit des Glaubens und Gewissens. Sie bekämpft alle Bestrebungen, welche auf die Verschärfung der konfessionellen und Klassegegensätze gerichtet sind. Die freisinnig-demokratische Partei ist eine Partei der sozialen und wirtschaftlichen Reform. Sie erstrebt eine friedliche Ausgleichung der sozialen Gegensätze durch eine kräftige, aber mit den schweizerischen Verhältnissen rechnende Sozialreform auf Grundlage der Solidarität der Interessen des ganzen Volkes.»

Das Werk der Basler Vorortsleitung war die Organisation der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. Sie versuchte, die Grundsätze des Basler Aufbaus auf die eidgenössischen Verhältnisse zu übertragen. Oberste Instanz blieb unverändert die Delegiertenversammlung mit theoretisch fast 600 Abgeordneten der Kantonalparteien. Diesem demokratischen, aber schwerfälligen Parteiparlament gaben die Basler einen auf den ersten Blick ebenso demokratischen wie schwerfälligen Zentralvorstand bei. Gleich wie sich der 15köpfige Parteiausschuss der Basler Freisinnig-demokratischen Partei um die Präsidenten der grossen Quartiervereine und der zentralen Vereine erweitert hatte, wurde der bisherige Bestand des schweizerischen Zentralvorstands von 15 auf 31 Mitglieder vergrössert, damit jede kantonale Organisation durch mindestens einen Abgeordneten darin vertreten sein konnte. Hauptaufgabe des Zentralvorstands war es, die politischen Tagesfragen zu behandeln.

Um die Parteileitung handlungsfähig zu machen, schufen Scherrer und seine Mitarbeiter als neues drittes Organ das leitende Komitee. Es bestand aus dem Präsidenten des Zentralvorstands, einem Sekretär, einem Kassier und vier Beisitzern. Es hatte die laufenden Geschäfte zu besorgen, die politischen Aktionen der Partei zu leiten und der freisinnigen Gruppe der Bundesversammlung die Beschlüsse der Delegiertenversammlung mitzuteilen, also die Verbindung zwischen Partei und Fraktion zu gewährleisten.¹²² Nicht nur unmittelbar in den Statuten von 1904 hat sich das Basler Vorbild ausgewirkt, auch mittelbar in der Organisation anderer freisinniger Kantonalparteien. Mehrere kantonale Organisationen übernahmen das Basler System des Aufbaus von unten und vermochten dadurch eine grosse Zahl von Mitgliedern zu erfassen.¹²³

Bereits 1905 regten die Basler im Zentralvorstand an, ein schweizerisches Parteisekretariat zu schaffen. Sie sahen in der Person des vollamtlichen Parteisekretärs die Gewähr für eine rasche, nie abreissende Besorgung der Parteigeschäfte. Es

¹²² Statuten der FdP der Schweiz von 1904 (als Photokopie vom Generalsekretariat der FDPS dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt)

¹²³ Gruner, Die Parteien in der Schweiz, S. 92

brauchte jedoch das wiederholte Ansetzen sowohl der Basler Delegierten wie verschiedener jungfreisinniger Vereinigungen, bis der Vorschlag verwirklicht wurde. Anfang 1907 forderte Schächli an der Delegiertenversammlung der schweizerischen Jungfreisinnigen die Reorganisation der schweizerischen Freisinnig-demokratischen Partei. Er schlug nach dem Basler Vorbild vor, in allen Kantonen Lokalvereine und kantonale Verbände zu gründen, der schweizerischen Parteileitung mehr Kompetenzen zuzuweisen und ihr ein ständiges Sekretariat für die Parteiorganisation und die Agitationstätigkeit zur Verfügung zu stellen.¹²⁴

Ende 1909 griff der Basler Parteiausschuss die Frage erneut auf¹²⁵, und Parteipräsident Rothenberger regte beim schweizerischen Parteipräsidenten, dem Zürcher Bissegger, neuerdings die Schaffung eines ständigen Sekretariates an. Der leitende Ausschuss der schweizerischen Partei befürchtete, die kantonalen Parteiorganisationen würden sich gegen die Einmischung einer Zentralstelle in ihre Kompetenzen verwahren; auch schreckte Bissegger vor den hohen Kosten, die das neue Amt verursachen werde, zurück. Er bat Rothenberger um genaue Vorschläge.¹²⁶ Dieser erkundigte sich in Berlin beim Wahlverein der Liberalen und erhielt detaillierte Angaben über deren Parteibüro. Der Basler Parteiausschuss bestellte eine Viererkommission (Schächli, V.E. Scherer, Göttsheim, Gisi). Diese Kommission arbeitete, sich an die deutschen Einrichtungen anlehnend, Detailanträge aus.¹²⁷

An der Delegiertenversammlung vom 24./25. September 1910 in Aarau wurden die Basler Vorschläge erörtert. Der Zentralvorstand bekämpfte sie: Er wollte auf seine Macht nicht verzichten, die Leitung der Partei müsse in den Händen der politischen Führer bleiben; es genüge, das bestehende Sekretariat straffer zu organisieren. Nach der Meinung des Zentralvorstandes habe sich die Arbeit des Sekretärs auf parteiinterne Aufgaben, vor allem auf die Organisation zu beschränken. Rothenberger widersprach: «Der Zweck des ständigen Sekretariates soll sein, eine engere Verbindung zwischen der Leitung der schweizerischen Partei und den kantonalen Parteiorganisationen herzustellen und die Kontinuität in der Zentralleitung zu sichern.» Er war bereit, die Aufgaben zu beschneiden: Der Sekretär könne anfänglich im Nebenamt tätig sein; man könne das Amt sich entwickeln lassen, allmählich die Aktion nach aussen wenden, Materialsammlungen anlegen, Aufrufe und Broschüren abfassen lassen. Mit 54:54 Stimmen ging die Abstimmung aus. Der Präsident gab den Stichentscheid gegen den Basler Vorschlag.¹²⁸ Als die Berner Jungfreisinnigen zwei Jahre später dem Zentralvorstand erneut den Basler Antrag vorlegten und beantragten, eine Parteigeschichte sowie eine parteipolitische Zentralschrift herauszugeben, fanden diese Anträge die Unterstützung des Basler

¹²⁴ DV der schweizerischen Jungfreisinnigen, Olten 17.2.07

¹²⁵ PA 18.12.09

¹²⁶ StA 387 A1 Bissegger an Rothenberger 14.1.10

¹²⁷ PA 8. und 22.2.10; Rothenberger an Bissegger 3.3.10

¹²⁸ NZ 27.9.10

Zentralvorstandes.¹²⁹ Endlich, im Jahre 1914, beschloss die eidgenössische Delegiertenversammlung, das ständige Parteisekretariat zu schaffen; das Zentralkomitee bestimmte Bern als Sitz, und die Delegiertenversammlung wählte den Führer der Jungfreisinnigen Felix Koch zum ersten Zentralsekretär.

Politische Tätigkeit

Arbeitsprogramme

Von 1905 an gab die Freisinnig-demokratische Partei Basel-Stadt vor den Grossratswahlen separat gedruckte Arbeitsprogramme heraus. Diese wiederholten die in den früheren Programmen aufgestellten Forderungen nach Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Volksbildung, ergänzten sie durch Begehren, welche die gespannten Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entschärfen sollten: Sie wünschten ein Einigungsamt und ein Schiedsgericht, Arbeiterausschüsse in den staatlichen Betrieben, ein Verbot der Sonntagsarbeit in den kaufmännischen Geschäften, Verkaufsläden und gewerblichen Betrieben.¹³⁰

Nach den Streiks der Jahre 1905 bis 1913, in denen sich die klassenkämpferische Einstellung der Sozialdemokratischen Partei zugespitzt hatte, legte sich die Freisinnig-demokratische Partei im Programm von 1914 eindeutig fest. Sie verlangte einmal freie wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit des einzelnen; der Staat müsse sich hüten, «die wirtschaftliche Tätigkeit allzusehr durch Reglementiererei einzuzengen». Entscheidend war die Ablehnung des Klassenkampfes: «Die Freisinnig-demokratische Partei anerkennt rückhaltlos das allen Klassen zustehende Recht, sich zur Verfechtung ihrer Interessen zu organisieren. Sie nimmt aber mit aller Entschiedenheit Stellung gegen den Klassenkampf in seiner Theorie und seiner Praxis. Sie tut dies in der festen Überzeugung, dass ein vernünftiges und friedliches Zusammenarbeiten von Arbeitern und Arbeitgebern die Interessen beider Teile am besten fördert, während die gegenseitige Bekämpfung beide schwer schädigt. Sie verlangt strikte Neutralität der Behörden in wirtschaftlichen Kämpfen und rechnet zu dieser Neutralität den wirksamen Schutz der Arbeitswilligen bei Streiken. Sie verurteilt ebenso terroristischen Missbrauch des Koalitionsrechtes wie Versuche, dieses Recht illusorisch zu machen.»¹³¹

Grossrats- und Regierungsratswahlen

Die ersten Proporzwahlen von 1905 liessen die bereits auf tönernen Füßen stehende freisinnige Vorherrschaft zusammenstürzen. Noch bildeten die 51 Freisinni-

¹²⁹ PA 28.8.12

¹³⁰ StA 387 A5 1905, 1908

¹³¹ Programm vom 9.3.14



Dr. Christian Rothenberger

gen die stärkste Fraktion im Grossen Rat; bereits bei den folgenden Wahlen 1908 stand die Sozialdemokratische Partei an erster Stelle, und 1914 stellte die Freisinnige-demokratische Partei bloss noch 28 Grossräte.

Das Jahr 1910 brachte die fälligen Einbussen im Regierungsrat. Im Frühling verzichtete die Freisinnig-demokratische Partei zu Gunsten der Sozialdemokratischen Partei darauf, einen Kandidaten als Nachfolger von Regierungsrat David aufzustellen, und im Herbst portierte sie einen Parteilosen. In diesem Jahr ging mit dem Rückgang von vier auf zwei Regierungsräte die freisinnige Vorherrschaft auch in der ausführenden Behörde zu Ende.

Einsatz der Partei

In den Protokollen der Freisinnig-demokratischen Partei Basel-Stadt und der freisinnig-demokratischen Quartiervereine sind die Berichte über die politische Tätigkeit in den Hintergrund gedrängt durch die ausgedehnte Berichterstattung über die Richtungskämpfe innerhalb der Partei. Die Vorwürfe und Beschimpfungen sind oft im Wortlaut festgehalten, Briefe und Verteidigungsschreiben sind beigeheftet, während von der Erörterung der Tagespolitik nur Zusammenfassungen oder Hinweise vorhanden sind. Man gewinnt den Eindruck, dass die von links und rechts bedrängte und von einem teilnahmslosen Parteivolk oft im Stich gelassene Partei ihre Kraft in innerparteilichen, persönlichen Auseinandersetzungen verbraucht hatte.

Kirche und Staat

Im März 1906 forderte der katholische Grossrat Gutzwiller in einem Postulat Fr. 4000.– jährlicher Subvention des Staates an die römisch-katholische Kirche,¹³² und in der folgenden Sitzung reichte der Sozialdemokrat Dr. Knörr einen Anzug auf Trennung von Kirche und Staat ein.¹³³

Der Regierungsrat lehnte das Postulat Gutzwiller mit der Begründung ab, der Staat könne eine Kultusgemeinde nicht unterstützen, welche sich gegen seine Aufsicht verwahrt habe. Der Verein freisinniger Grossräte befürwortete die Überweisung des Anzugs Gutzwiller; Parteipräsident Rothenberger gab in seinem Jahresbericht zu, dass sich der Staat der katholischen Kirche gegenüber unbillig verhalten und die Katholiken zu Märtyrern gemacht habe.¹³⁴ In der Abstimmung unterstützten die Freisinnigen die Katholiken gegen die ablehnenden Liberalen und Sozialdemokraten. Mit 60 gegen 55 Stimmen ging das Postulat Gutzwiller durch.¹³⁵ Wel-

¹³² Grosser Rat 8.3.06

¹³³ Grosser Rat 22.3.06

¹³⁴ Jahresbericht der FdP BS 1908/09

¹³⁵ Grosser Rat 1.11.06

cher Wandel der Freisinnig-demokratischen Partei von der kultur-kämpferischen Vernichterin der katholischen Schule im Jahre 1884 zur Befürworterin von Unterstützungen an die römisch-katholische Gemeinde im Jahre 1906!

Den sozialdemokratischen Anzug auf Trennung von Kirche und Staat liess der freisinnige Parteiausschuss sofort in einer Delegiertenversammlung besprechen, zu der er die freisinnigen Geistlichen eingeladen hatte. Obwohl die Geistlichen die Trennung befürworteten, sprachen sich die Delegierten mit grossem Mehr dagegen aus. Im Grossen Rat wehrten sich dann aber nur die beiden Christkatholiken, der Sozialdemokrat Stadelmann und der Freisinnige Dr. Stöcklin.¹³⁶ Den von Regierungsrat Karl Christoph Burckhardt ausgearbeiteten Vorschlägen stimmten die Freisinnigen mit den Konservativen und den Sozialdemokraten im Grossen Rat und schliesslich auch die Bevölkerung zu.

Folgerichtig stellte die Prüfungskommission zum Verwaltungsbericht 1911 das Postulat auf, den Religionsunterricht von der Schule zu lösen. In den reformierten freisinnigen Gemeindevereinen waren die Ansichten geteilt. Im Grossen Rat hingegen stimmten die Freisinnigen geschlossen mit den Sozialdemokraten und den Katholiken für die Überweisung des Postulats an den Regierungsrat.¹³⁷ Auch hier ist auf die Wandlung der freisinnigen Auffassung hinzuweisen. 1880, bei den Beratungen über das Schulgesetz, hatten die Freisinnigen vergeblich versucht, den Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen; 1885 wehrten sie sich gegen ihren linken Flügel für die Belassung des Religionsunterrichts in der Schule. 1913 fanden sie zum ersten Standpunkt zurück. Bis heute ist aber der Religionsunterricht im Schulgesetz verankert geblieben.

Wahlgesetze

Zu den formalpolitischen Fragen, die im Kanton zu beantworten waren, verhielten sich die Freisinnigen gleich wie in den früheren Jahren. Ein ständiges Übel der Partei war die Stimmfaulheit ihrer Anhänger. Der freisinnige Versuch, deswegen in die Proporzinitiative von 1904/05 den Stimmzwang hineinzuziehen, war zwar fehlgeschlagen. 1908 jedoch nahm die Jungfreisinnige Vereinigung die Einführung des Stimmzwangs in ihr Programm auf.¹³⁸ Ein Jahr später stellten fünf freisinnig-demokratische Quartiervereine in einer Eingabe den Antrag, Bestimmungen für die Durchführung des Stimmzwangs in das Gesetz betreffend Wahlen und Abstimmungen einzubauen.¹³⁹ Die von V.E. Scherer eingereichte Initiative erlitt aber im Grossen Rat eine Abfuhr; die Freisinnigen und einige Sozialdemokraten wurden von den Konservativen, den Katholiken und den übrigen Sozialdemokra-

¹³⁶ Grosser Rat 1.11.06

¹³⁷ Grosser Rat 6.2.19

¹³⁸ Postulate der Jungfreisinnigen Vereinigung zum Programm der FdP BS 31.1.08

¹³⁹ StA 387 A1 18.2.09

ten überstimmt.¹⁴⁰ Auch die Bevölkerung wollte sich ihre Freiheit wahren und verwarf die Initiative am 18. Juni 1911 mit 4595 gegen 3911 Stimmen.¹⁴¹

Ihren politischen Grundsätzen treu blieben die Freisinnigen, als bei der Beratung des Wahlgesetzes der Sozialdemokrat Frei beantragte, die Wahl des Regierungsrates sei nach dem Proporzverfahren vorzunehmen. Mit 49 Stimmen der Sozialdemokraten und der Katholiken hatte zwar der Rückweisungsantrag Frei gegenüber den 47 Stimmen der Freisinnigen und der Liberalen Erfolg;¹⁴² durch ein Rundschreiben forderte der Verein freisinniger Grossräte seine Mitglieder auf, bei der zweiten Lesung im Grossen Rat zu erscheinen: Der Regierungsratsproporz müsse verworfen werden.¹⁴³ Die neue Fassung mit der Proporzwahl wurde dann mit 57 gegen 53 Stimmen abgelehnt.¹⁴⁴

Wahlrecht eidgenössischer Angestellter und Beamter

1908 lehnte es die Kreisdirektion II der SBB ab, einem Rangiermeister die Ausübung des Grossratsmandats zu bewilligen; die Kreispostdirektion erklärte, sie könne derartige Gesuche bei der Oberbehörde nicht befürworten,¹⁴⁵ und legte deshalb ihren Beamten nahe, keine Kandidaturen in den Grossen Rat anzunehmen.¹⁴⁶ Die allgemeinen Dienstvorschriften vom 17. Oktober 1901 gestanden die Bewilligung nur ausnahmsweise zu; der Verwaltungsrat erklärte sich 1904 mit der Annahme eines Mandats einverstanden, wenn der Dienst dadurch nicht beeinträchtigt werde. Nach dem Rücktritt Nationalrat Zollers von seinen politischen Ämtern (1908) rückte im Aeschenquartier der Zugführer Arnold Schacher als Grossrat nach. Der Parteiausschuss ersuchte die Generaldirektion der SBB direkt, Schacher zur Annahme des Mandats zu ermächtigen, und erklärte der Kreisdirektion III, Schacher werde seine Rasttage auf den Donnerstag verlegen.¹⁴⁷ Die Kreisdirektion stimmte am 17. September zu.¹⁴⁸

Der Jungfreisinnigen Vereinigung lag daran, nicht bloss den Fall Schacher zu bereinigen, sondern die Sache zu einer grundsätzlichen Lösung zu führen. Auf den Basler Antrag hin verlangte die schweizerische Jungfreisinnige Vereinigung die kantonale und eidgenössische Wählbarkeit der eidgenössischen Beamten und Angestellten.¹⁴⁹

Das in dieser Angelegenheit rührigste Mitglied des Parteiausschusses war Nationalrat Rothenberger, Präsident des Verbandes Schweizerischer Post-, Telegra-

¹⁴⁰ Grosser Rat 23.3.11

¹⁴¹ Volksabstimmung 17./18.6.11

¹⁴² Grosser Rat 24.2.10

¹⁴³ StA 387 A1 Zirkular vom 28.5.10

¹⁴⁴ Grosser Rat 26.1.11

¹⁴⁵ Jungfreisinnige Vereinigung 13.1.11

¹⁴⁶ PA 23.3.08

¹⁴⁷ PA an Generaldirektion SBB 31.8.08; PA an Kreisdirektion SBB 1.9.08

¹⁴⁸ an PA 17.9.08

¹⁴⁹ Schweizerische Jungfreisinnige Vereinigung in Solothurn 13.9.08

phen- und Zollangestellter. Er hielt in der Jungfreisinnigen Vereinigung Referate über das passive Wahlrecht der eidgenössischen Beamten¹⁵⁰ und stellte dem Parteiausschuss den Antrag, er möge den Zentralvorstand der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz in einer Eingabe ersuchen, die Änderung der Gesetzesbestimmungen zu betreiben.¹⁵¹ Die Eingabe wurde sofort gemacht.¹⁵² Die Bemühungen des Zentralvorstandes hatten zuerst bei der PTT Erfolg; ein Postulat im Nationalrat forderte und erreichte schliesslich einheitliche Vorschriften für das eidgenössische Personal.¹⁵³

Eidgenössische Abstimmungen

Basel war am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine militärfreundliche Stadt. In den 60er, 70er und 80er Jahren wurden die höheren Offiziere unter den Grossratskandidaten nicht wie die anderen Vorgeschlagenen mit ihrem Beruf, sondern mit ihrem militärischen Grad genannt. Die beiden Militärvorlagen von 1895 und 1907 wurden in Basel angenommen; 1895 stimmten ausser Basel nur vier, 1907 zwölf Stände zu. Die Freisinnigen trugen beide Male entscheidend zu diesem Ausgang bei. 1895 hielt Dr. P. Scherrer vor den einzelnen Quartiervereinen vier Referate, und an einer Volksversammlung sprachen Scherrer, Nationalrat Brenner und Bundesrat Frey.¹⁵⁴ 59,3% der Stimmberechtigten gingen zur Urne, 69% Ja-Stimmen standen 31% Nein-Stimmen gegenüber. Alle Stadtquartiere stimmten zu, nur die drei Landgemeinden lehnten ab.¹⁵⁵ In diesem Ergebnis zeigte sich, dass Basel einer der führenden freisinnigen Kantone der Schweiz war.

Mit viel grösseren Schwierigkeiten als 1895 mussten die Freisinnigen 1907 bei der zweiten Abstimmung über die Militärorganisation fertig werden, da ihnen in der kantonalen Politik die Sozialdemokraten die Herrschaft streitig machten. Wiederum hielten freisinnige Offiziere Referate in den Quartiervereinen;¹⁵⁶ diesmal organisierten Freisinnige, Liberale und Katholiken gemeinsam einen Volkstag und eine Volksversammlung. Der Kantonschützen- und der Kantonaltturnverband, Offiziers- und Unteroffiziersverein und die drei Parteien veranstalteten einen Sternmarsch vom Barfüsserplatz, Aeschenplatz, Petersplatz und Claragraben zur Kaserne, wo Nationalrat und Oberstdivisionär Iselin, Ständerat Scherrer und Pfarrer Probst für die Militärorganisation redeten.¹⁵⁷ An einer Volksversammlung der liberalen, der freisinnigen und der katholischen Quartiervereine Kleinbasels sprachen Nationalrat Göttisheim und Oberstleutnant Heusser.¹⁵⁸

¹⁵⁰ Jungfreisinnige Vereinigung BS 25.9.08

¹⁵¹ PA 16.9.08

¹⁵² 21.9.08

¹⁵³ Jungfreisinnige Vereinigung BS 13.1.11

¹⁵⁴ DV 17.10.95; Quartiervereinsversammlungen 15.–28.10.95

¹⁵⁵ Kantonsblatt 1895 II S. 812

¹⁵⁶ Quartiervereinsversammlungen 4.10.–1.11.07

¹⁵⁷ 20.10.07

¹⁵⁸ 30.10.07

An der vom freisinnigen Centralverein ins Vereinslokal zu Rebleuten einberufenen öffentlichen Versammlung wurde eine sozialdemokratische Störaktion aufgezogen. «In der richtigen Voraussetzung, dass die bereits etwas versammlungsmüden Freisinnigen der inneren Stadt nicht in grosser Zahl sich einfinden werden, hatten die beiden sozialdemokratischen Diktatoren Frei und Grimm ihre Anhänger mobil gemacht; Trämmler, Konsumangestellte, Staatsarbeiter, waschächte Sozialisten, darunter viele Ausländer, füllten den Saal.» Ständerat Scherrer wurde ständig von Grimm und Bürgin unterbrochen. Da schloss der Präsident um 23.30 Uhr die Versammlung. «Darauf verliessen sämtliche Bürgerlichen unter hämischen Zurufen der Gegner den Saal. Arbeitersekretär Grimm sprang auf seinen Stuhl und forderte die Gegner auf, im Saale zu bleiben.» Nach dem Abzug der 80 Bürgerlichen wählten die 160 Sozialdemokraten ein Tagesbüro und diskutierten weiter.¹⁵⁹

Dieser Demonstration blieb der Erfolg versagt. Alle Quartiere, selbst die röttesten Arbeiterquartiere Kleinbasels, stimmten der Militärvorlage zu. Nur im Bundesbahnhof überwogen die Nein-Stimmen. In den freisinnigen Quartieren, dem Steinen-, dem Aeschen- und dem Stadtquartier, ergaben sich vier- bis neunfache Mehrheiten, und das konservative St. Albanquartier erzielte sogar eine zehnfache Mehrheit. Das Resultat von 11 894 Ja und 5320 Nein (69,1% zu 38,9%) bei einer Stimmbeteiligung von 81,5% war eine eindruckliche Stellungnahme für die schweizerische Armee.¹⁶⁰

Noch weniger Aufregung als die Proporzinitiative von 1900 bewirkte bei den Basler Freisinnigen die zweite Initiative von 1910. Nach den Protokollen des Parteiausschusses und der Delegiertenversammlung wurde wenig über die Vorlage gesprochen. Der Zentralvorstand berief eine Volksversammlung ein, zu der er als Redner Nationalrat Forrer, St. Gallen, einen energischen Kämpfer gegen die Proporzinitiative, eingeladen hatte.¹⁶¹ Ein einziger Quartierverein, der Freisinnige Horburgquartierverein, stellte an einem Abend neben anderen Traktanden die Proporzinitiative zur Diskussion.¹⁶² Diesmal nahm Basel, das seit mehr als fünf Jahren das kantonale Proporzverfahren ausübte, die Vorlage an, bei einer Stimmbeteiligung von 53,9% und mit 56,5% der abgegebenen Stimmen. Nur noch Teile der sonst freisinnig stimmenden und wählenden Quartiere folgten der freisinnigen Verwerfungspare: die innere Stadt (Stadtquartier) und vom Aeschenquartier das Gebiet nördlich des Bahnhofs, vom Steinenquartier die Umgebung des Schützenhauses, also Wohngebiete des wohlhabenden Bürgertums, und die Landgemeinde Bettingen. Mit zwei- bis dreifachem Mehr stimmten die Arbeiterquar-

¹⁵⁹ 31.10.07

¹⁶⁰ 4.11.07 Kantonsblatt 1907 II S. 899

¹⁶¹ 14.10.10

¹⁶² Horburgquartierverein 21.10.10

tiere der Breite und Kleinbasels zu.¹⁶³ Die Mehrheit des Schweizervolkes verwarf, wie die Basler Freisinnigen vorausgesehen hatten, die Vorlage.

Verhältnis zu den anderen Parteien

Die Einführung des Proporzsystems für die Grossratswahlen beendete den alten Brauch, bewährte Grossräte anderer Parteien auf den eigenen Listen vorzuschlagen. Von 1905 an standen ausschliesslich Parteimitglieder auf den Wahlvorschlägen; Listenverbindungen kamen noch keine vor. Verbindung und Zusammenarbeit mit anderen Parteien waren aber noch üblich bei den Bürgerrats-, den Regierungsrats- und den Richterwahlen und bei den Wahlen in die eidgenössischen Kammern sowie bei Abstimmungen.

Der Stimmfaulheit der Parteimitglieder in Abstimmungen und Wahlen entsprach das lässige Verhalten der freisinnigen Grossräte: viele fehlten an Grossratsitzungen. In Wahlsitzungen taten sich oft Katholiken und Sozialdemokraten zusammen und brachten ihre Kandidaten durch. Am 21. Mai 1908 wurden die zwei freisinnigen Mitglieder des Bankrates, Stumm und Schweizer, nicht mehr gewählt, sondern durch die beiden Sozialdemokraten Bolliger und Levy ersetzt; in den Erziehungsrat wählte der Grosse Rat statt der vorgeschlagenen Dr. Fritz Aemmer (freisinnig) und Dr. G. Vischer (liberal) den Sozialdemokraten E. Angst und den Katholiken Dr. Adam.¹⁶⁴ Am 14. April 1910 wurde nicht der vorgeschlagene Freisinnige Dr. Aemmer zum Statthalter des Grossen Rates gewählt, sondern – mit den Stimmen der Sozialdemokraten – der Katholik Dr. O. Kully.¹⁶⁵

In den Abstimmungen differenzierte sich das Verhalten der Freisinnigen. In Steuerfragen und bei der Besoldungserhöhung für das Staatspersonal gingen die meisten mit den Sozialdemokraten zusammen. Manchmal – z.B. bei der Besteuerung von Liegenschaftsgewinn – standen nur die Jungfreisinnigen an der Seite der Sozialdemokraten und der Katholiken.¹⁶⁶ In den Auseinandersetzungen über die Streiks stellten sich die Freisinnigen an die Seite der Liberalen.¹⁶⁷

Ähnlich war die freisinnige Taktik bei Wahlen, vor allem bei Regierungsrats- und Nationalratswahlen. Als im Sommer 1907 Prof. Speiser von den Liberalen als Regierungsratskandidat aufgestellt wurde, beschloss der freisinnig-demokratische Parteiausschuss, ihn zu unterstützen. Schär rügte die fortwährenden Allianzen mit der Liberalen Partei, da die Liberalen bei den Gerichtspräsidentenwahlen nicht Gegenrecht hielten und die freisinnige Kandidatur Dr. Stöcklins nicht unterstützten.¹⁶⁸ Der Parteitag beschloss Stimmfreigabe.¹⁶⁹ Speiser wurde gewählt.

¹⁶³ 24.10.10 Kantonsblatt 1910 IV S. 214

¹⁶⁴ Grosser Rat 21.5.08

¹⁶⁵ Grosser Rat 14.4.10

¹⁶⁶ Grosser Rat 29.5.09, 19.1.11

¹⁶⁷ s. S. 167

¹⁶⁸ DV 14.6.07

¹⁶⁹ PT 17.6.07

Anfang 1910 trat der freisinnige Regierungsrat Dr. David zurück, nachdem er zum Vize-Bundeskanzler gewählt worden war. Die Freisinnig-demokratische Partei – sie stellte 41 von 130 Grossräten – verzichtete auf die absolute Mehrheit im Regierungsrat, die sie seit 1881 ununterbrochen besessen hatte, und überliess den Sitz den Sozialdemokraten.¹⁷⁰ Deshalb erübrigten sich Verhandlungen mit den Liberalen.¹⁷¹ Gewählt wurde der Gegenkandidat Stöcklins von 1907, der Gewerbeinspektor Dr. Hermann Blocher.

Den zweiten Schritt von der Machthöhe hinunter tat die Freisinnig-demokratische Partei ein halbes Jahr später. Als Nachfolger von Regierungsrat Burckhardt-Finsler stellte der Parteiausschuss keinen Freisinnigen auf, sondern den Parteilosen Dr. Fritz Mangold. Obwohl er keine bestimmte Erklärung über seine Parteizugehörigkeit abgeben wollte, sondern bloss andeutete, er wolle nach der Wahl der Freisinnig-demokratischen Partei beitreten, schlug ihn der Parteiausschuss der Delegiertenversammlung vor, da er die nötigen Fähigkeiten aufweise und «faktisch ein Mann des Fortschritts sei».¹⁷² Auch Mangold wurde gewählt.

Für die Erneuerungswahlen von 1911 stellten die Freisinnigen Dr. Fritz Aemmer auf; sie zogen ihn Dr. V.E. Scherer vor, weil sie für ihn mit der liberalen Unterstützung rechneten.¹⁷³ Wirklich boten die Liberalen den Freisinnigen und den Sozialdemokraten an, die bisherigen Regierungsräte zu portieren und Dr. Aemmer zu unterstützen. Die Freisinnigen und die Fortschrittliche Bürgerpartei unterstützten die vier bürgerlichen Regierungsräte und Regierungsrat Mangold, die Sozialdemokraten, den Liberalen Gegenrecht haltend, neben den beiden Sozialdemokraten die beiden Liberalen und Mangold. Die beiden Freisinnigen Stöcklin und Aemmer wurden erst im zweiten Wahlgang gewählt, dem sie sich mit Dr. Schär und Dr. Feigenwinter hatten unterziehen müssen.¹⁷⁴

Schwierigkeiten machte der Freisinnig-demokratischen Partei auch die Regierungsratswahl von 1914. Der Polizeiinspektor Müller liess sich als Regierungsratskandidat aufstellen. Es nützte nichts, dass ihn der freisinnige Parteiausschuss mit eingeschriebenem Brief aufforderte, auf die Kandidatur zu verzichten, sonst betrachte man ihn als aus der Partei ausgetreten.¹⁷⁵ Müller wollte auf den Parteitag abstellen; eindeutig verurteilte dieser das Vorgehen Müllers.¹⁷⁶ Die Freisinnigen schlossen mit den anderen Parteien keinen Kompromiss; im zweiten Wahlgang unterstützten weder sie den liberalen Kandidaten Dr. Miescher noch die Liberalen den freisinnigen Regierungsrat Stöcklin. Gewählt wurden aber beide. Der Fall Müller führte eine Statutenänderung herbei: Die freisinnig-demokratische Dele-

¹⁷⁰ PA 25.1.10

¹⁷¹ PA 8.2.10

¹⁷² PA 30.9.10; DV 6.10.10

¹⁷³ PA 22.4.11

¹⁷⁴ Regierungsratswahlen 13./14.5.11, 2. Wahlgang, NZ 16.5.11

¹⁷⁵ PA 8.4., 15.4.14

¹⁷⁶ PT 27.4.14

giertenversammlung legte fest, dass aus der Partei ausgeschlossen werde, wer von einer anderen Partei eine Kandidatur annehme.¹⁷⁷

In den Regierungsratswahlen zwischen 1905 und 1914 zeigten sich einerseits die Zerrissenheit und der Machtverlust der Freisinnig-demokratischen Partei, andererseits die Annäherung an die Liberale Partei, indem die Freisinnig-demokratische Partei Kandidaten aufstellte, die mit liberaler Unterstützung rechnen konnten, und indem sie manchmal auf die von der Liberalen Partei angetragenen Wahlbündnisse einging und sogar die Unterstützung der Fortschrittlichen Bürgerpartei annahm, während sie mit den Sozialdemokraten keine Verbindung suchte.

Auch in den Nationalratswahlen von 1905 bis 1911 wurden die Gespaltenheit, der Machtrückgang und die Zusammenarbeit mit den Liberalen sichtbar. 1905 ging die Anregung, sich mit den Liberalen über die Wahrung des bisherigen Besitzstandes zu verständigen, von Ständerat Scherrer aus.¹⁷⁸ Die Liberalen betrachteten eine Verständigung der beiden grossen bürgerlichen Parteien als wünschbar, lehnten jedoch einen Kandidaten ab, der «in unseren Kreisen als durchaus ungeeignet zur Vertretung der vereinigten bürgerlichen Parteien betrachtet wird».¹⁷⁹ Stein des Anstosses war der freisinnige Nationalrat Dr. O. Zoller. Da die Liberalen nur Ständerat Scherrer und zwei freisinnige Nationalräte unterstützen wollten, verzichteten die Freisinnigen auf das Bündnis. Der Parteiausschuss stellte die drei bisherigen Nationalräte David, Müry und Zoller sowie neu Dr. O. Schär auf.¹⁸⁰ Der Parteitag desavouierte den Parteiausschuss: statt des Linksfreisinnigen Schär nominierte er den Rechtsfreisinnigen Göttisheim.¹⁸¹ Die Liberalen nahmen Ständerat Scherrer und Nationalrat Müry auf ihre Liste; sie wurden als einzige gewählt, und so war ein zweiter Wahlgang anzusetzen. Zoller trat zurück, da er weniger Stimmen als David und Göttisheim erhalten hatte. Mit allen gegen die beiden jungfreisinnigen Stimmen schloss der freisinnig-demokratische Parteiausschuss einen Kompromiss mit den Liberalen, einander für die ganze Wahlperiode den Besitzstand im National- und im Regierungsrat zu garantieren. Die gemeinsame Liste der Liberalen und der Freisinnigen führte David, Göttisheim, Iselin und Speiser auf und liess die fünfte Zeile leer. Die National-Zeitung betrachtete das Zusammengehen der beiden Parteien als Abwehrkampf gegen «die drohend ihr Haupt erhebende Sozialdemokratie».¹⁸² So gelang es der Sozialdemokratischen Partei nur, Nationalrat Brüstlein das Mandat zu halten, aber nicht, einen zweiten Kandidaten durchzubringen.

In den Grundzügen ähnlich verliefen die Nationalratswahlen von 1908. Müry als Vertreter des Gewerbes war den Angestellten und Beamten der Freisinnig-

¹⁷⁷ DV 29.6.14

¹⁷⁸ StA 387 A5 Scherrer an Parteipräsident 2.10.05

¹⁷⁹ StA 387 A1 Oeri an Göttisheim 16.10.05

¹⁸⁰ PA 20.10.05

¹⁸¹ PT 23.10.05

¹⁸² NZ 27.10.05

demokratischen Partei nicht genehm; er kümmerte sich wenig um Parteiangelegenheiten. Nach längerem Hin und Her stellte ihn die Delegiertenversammlung doch auf und beschloss mit 68 gegen 2 Stimmen einen Kompromiss mit den Liberalen.¹⁸³ Wiederum sondierten die beiden Partei-Ausschuss; die Liberale Partei war zwar bereit, neben den bisherigen Nationalräten auch Rothenberger, der als Nachfolger Davids aufgestellt worden war, für die Wahlen zu unterstützen, aber nicht der Freisinnig-demokratischen Partei für die Legislaturperiode drei Nationalratsitze zu garantieren. Der Parteiausschuss lehnte die Vorschläge der Liberalen ab und nahm Speiser und Brüstlein auf die freisinnige Liste.¹⁸⁴

Für den zweiten Wahlgang schaltete sich der Gewerbeverband ein; er drängte die Liberale Partei, die Freisinnig-demokratische Partei und die Katholische Volkspartei, «gegen die immer wachsenden Ansprüche der Sozialdemokratie Front zu machen».¹⁸⁵ Auch die National-Zeitung trieb das Bürgertum zur Abwehr gegen die Klassenkampfforderungen der Sozialdemokratischen Partei an.¹⁸⁶ Die Freisinnigen willigten unter schweren Bedenken in einen liberal-freisinnigen Kompromiss ein, der die fünf bisherigen Nationalräte, aber nicht Rothenberger aufführte, nachdem die Liberalen Gelpke fallengelassen und erklärt hatten, Rothenberger keine Opposition zu machen. Die fünf bisherigen Nationalräte wurden bestätigt, und Rothenberger siegte über den Sozialdemokraten Frei.

1911 gerieten die Freisinnigen neuerdings in eine ungemütliche Lage. Im Parteiausschuss und in der Delegiertenversammlung wurde Kritik an Nationalrat Müry laut: er nehme an den Versammlungen der Partei nicht teil.¹⁸⁷ Trotzdem unterlag Jetzler als Gegenkandidat, und der Parteitag stellte die bisherigen Nationalräte und Ständerat Scherrer wieder auf. Den Vorschlag der Bürgerlichen Fortschrittspartei, eine gemeinsame Liste aufzustellen, lehnte er ab.¹⁸⁸

Der erste Wahlgang brachte kein Ergebnis. Für den zweiten Wahlgang trug die Freisinnig-demokratische Partei der Liberalen und der Sozialdemokratischen Partei eine Verständigung an, nämlich sechs gemeinsame Kandidaten aufzustellen: zwei Liberale, zwei Freisinnige und zwei Sozialdemokraten.¹⁸⁹ Die Freisinnigen würden ausserdem einen dritten Kandidaten portieren; damit waren die Sozialdemokraten einverstanden, aber nicht die Liberalen, die selber auf drei Nationalratsitze Anspruch erhoben. Mit dem knappen Mehr von 173 Stimmen siegte der dritte Freisinnige Göttisheim über den dritten Liberalen Gelpke.

Plötzlich war die National-Zeitung des Lobes voll über die «noble» Sozialdemokratie. Linksfreisinnige Begeisterung widerhallte in den Wahlkommentaren: «Die

¹⁸³ DV 9.10.08

¹⁸⁴ PA 17. und 20.10.08

¹⁸⁵ Gewerbeverband an Parteiausschüsse 27.10.08

¹⁸⁶ NZ 31.10.08

¹⁸⁷ PA 28.9.11

¹⁸⁸ PA 9., 19., 23.10.11; PT 23.10.11

¹⁸⁹ NZ 30.10.11; PA 29., 31.10.11; PT 31.10.11

Welt geht vorwärts, und darum war und ist auch eine kräftige Linkspolitik der Freisinnigen Partei und eine entschiedene Abwendung von dem liberalerseits gepflegten Phantom einer einzigen Bürgerpartei nötig, die nur mit der berühmten „einen reaktionären Masse“ enden könnte. Die Liberale Partei hat mit ihrer jetzigen Politik, wenn auch ungewollt, zu dieser verschärften Linksströmung in der Freisinnigen Partei beigetragen und hat mitgeholfen, die Freisinnigen auf jenem geraden Weg nach vorwärts zu drängen, der auch ihren Kampfgenossen in Bern und Luzern so gut bekommen ist. Wie in Bern und Luzern ist auch in Basel begeisterte, hoffnungsfreudige, entschieden nach vorwärts drängende Jugend zu den Freisinnigen gestossen, tatkräftiges jungfreisinniges Volk, und hat uns Zeitungsleute geradezu überschüttet mit ihren Arbeiten und Einsendungen.»¹⁹⁰ Der Jubel erklang zu früh. Am meisten Stimmen hatte unter den fünf bürgerlichen Nationalräten Müry erhalten; er war mit starker Unterstützung der Liberalen und der Fortschrittlichen Bürgerpartei gewählt worden. Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse, noch am Wahlsonntag selber, trat Müry aus der Freisinnig-demokratischen Partei aus. Er erklärte den Schritt damit, dass weder die Partei noch die National-Zeitung ihn unterstützt hätten.¹⁹¹

Nicht nur der Zentralvorstand der Freisinnig-demokratischen Partei, sogar das Basler Volksblatt erklärte, der politische Anstand erfordere die Niederlegung des Mandats. Müry zögerte, trat dann aber doch Anfang Januar 1912 zurück. Der Zentralvorstand beschloss, für die Ersatzwahl keinen eigenen Kandidaten aufzustellen; was er zwei Monate zuvor nicht hatte zugeben wollen, gestand er nun ein: Die Freisinnig-demokratische Partei sei mit zwei Nationalräten und einem Ständerat in Bern genügend und entsprechend der Stimmstärke vertreten.¹⁹² So wählte das Basler Volk im Januar 1912 Regierungsrat Wullschleger als dritten sozialdemokratischen Nationalrat.

Soziale Tätigkeit

Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei in Alltagsfragen

Das Ruhetagsgesetz von 1893 erfuhr laufend Änderungen; die Sonntagsarbeit wurde von Mal zu Mal mehr eingeschränkt. Den Anstoss zur grundsätzlichen Revision von 1909 gab die Jungfreisinnige Vereinigung, die am 22. Juni 1906 an den Ausschuss der Freisinnig-demokratischen Partei eine Eingabe richtete und darin forderte, die Sonntagsarbeit der kaufmännischen Angestellten sei aufzuheben und die Büros am Samstag früher zu schliessen.¹⁹³ Die Eingabe ging in den monatelang

¹⁹⁰ NZ 7.11.11.

¹⁹¹ Schreiben Mürys an den Vorstand der FdP BS 14.11.11

¹⁹² DV 8.1.12

¹⁹³ Jungfreisinnige Vereinigung 22.6.06

dauernden Streitigkeiten zwischen den Parteigruppen unter; die Jungfreisinnigen nahmen im Frühling 1907 durch Referate in den Quartiervereinen das Thema wieder auf.¹⁹⁴ Als der Grosse Rat die Revision des Ruhetagsgesetzes besprach, wollten die Liberalen, die Katholiken und vier Rechtsfreisinnige die Dienstboten davon ausnehmen; Freisinnige und Sozialdemokraten vermochten den bekämpften § 7 zu halten.¹⁹⁵ In der Volksabstimmung wurde das Gesetz angenommen.

Wegen des Ansteigens der Preise musste die Regierung dem Grossen Rat vorschlagen, Teuerungszulagen auszurichten und das Beamten- und Besoldungsgesetz zu revidieren. Der Grosse Rat legte rasch den Neun-Stunden-Tag fest,¹⁹⁶ konnte sich aber über die Nebenbeschäftigung der Beamten und Angestellten in Genossenschaften (gemeint im ACV) erst nach langem Hin und Her entscheiden. Strafgerichtspräsident Dr. O. Schär, damals Mitglied der Verwaltungskommission des VSK, stellte den Antrag, diese Nebenbeschäftigung zu gestatten, unterlag jedoch; 57 Freisinnige und Liberale stimmten für die Kommissionsvorlage, 45 Sozialdemokraten und Katholiken für den Antrag Schär.¹⁹⁷ In der zweiten Lesung wiederholte Schär den Antrag, und diesmal erhielt er die Zustimmung des Grossen Rates.¹⁹⁸ Doch in der folgenden Sitzung stellte der Liberale Dr. Bieder einen Wiedererwägungsantrag: der Zusatz sei im Volk unannehmbar. Selbst Regierungsrat Wullschleger befürwortete, damit das Gesetz nicht gefährdet werde, die Streichung; Liberale, Katholiken, Freisinnige und der Sozialdemokrat B. Gutschmann brachten die Zweidrittelsmehrheit zustande, und in der Schlussabstimmung ging die «bereinigte» Vorlage ohne Gegenstimme durch.¹⁹⁹

Als die Regierung Ende 1912 die Besoldungen noch einmal zu erhöhen wünschte, wollten die Liberalen und die Fortschrittliche Bürgerpartei nicht darauf eintreten, da die letzte Erhöhung erst drei Jahre zurückliege. Die Freisinnigen erklärten, der Staat brauche tüchtige Beamte und müsse sie richtig entschädigen.²⁰⁰ Hingegen konnten sie sich dem sozialdemokratischen Antrag Jeggli nicht anschliessen, statt der Hälfte, wie die Regierung vorsah, zwei Drittel der Besoldung nachzuzahlen. Mit 57 gegen 47 Stimmen wurde der Antrag Jeggli verworfen. Entgegen dem Antrag Oeri verzichtete der Rat auf das obligatorische Referendum.²⁰¹

In diesen Abstimmungen hatte sich die neue Stellung der freisinnig-demokratischen Grossratsfraktion deutlich ausgeprägt. Seit den Wahlen von 1908 war die Freisinnig-demokratische Partei nur noch die zweitstärkste Partei im Grossen Rat; ihre Taktik bestand jetzt darin, zwischen den sozialdemokratischen und den

¹⁹⁴ St. Johannquartierverein 4.3.07

¹⁹⁵ Grosser Rat 11., 25.3.09

¹⁹⁶ Grosser Rat 3.12.08

¹⁹⁷ Grosser Rat 10.12.08

¹⁹⁸ Grosser Rat 24.6.09

¹⁹⁹ Grosser Rat 8.7.09

²⁰⁰ Grosser Rat 12.12.12

²⁰¹ Grosser Rat 19.12.12

Anträgen der Liberalen und der Fortschrittlichen Bürgerpartei abzuwägen und den Ausschlag bald für diese, bald für jene zu geben.

Die Basler Bevölkerung hatte im Februar 1900 das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung mit fünffachem Mehr verworfen. Während der vielen Krisen und Streiks in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts musste die Regierung von Fall zu Fall Arbeitslosenkommisionen bestellen und die privaten Sammlungen mit Beiträgen unterstützen. Die Notlage verlangte dringend eine gesetzliche Fürsorge; im Juni 1908 legte die Regierung einen neuen Entwurf vor. Die von einer Grossratskommission bearbeiteten Gesetze für eine staatliche Arbeitslosenversicherungsanstalt und für die Unterstützung der privaten Arbeitslosenkassen wurden am 22. April 1909 vom Grossen Rat angenommen. Bei der zweiten Lesung stellte der freisinnige Baumeister Florentin Acker den Antrag, bei Aussperrung infolge von Streiks keine Unterstützung auszusahlen. Er wurde von den Liberalen und den meisten Freisinnigen unterstützt; die Jungfreisinnigen stimmten mit den Sozialdemokraten und den Katholiken dagegen, konnten diesen Hieb des Klassenkampfes von rechts jedoch nicht parieren.²⁰²

Auch die Kranken- und Unfallversicherungsgesetze, das eidgenössische wie das kantonale, die in den 80er und 90er Jahren einen Leidensweg durchschritten hatten und in den Volksabstimmungen verworfen worden waren, wurden vor dem Ausbruch des Weltkrieges erörtert. Sowohl kantonal wie eidgenössisch verzichteten die Bearbeiter auf das unbeschränkte Obligatorium. Die Kranken- und Unfallversicherung war seit 1904 ein Programmpunkt der schweizerischen Freisinnig-demokratischen Partei; sie befürwortete mit anderen Parteien das neue Gesetz, und in Basel redeten Nationalrat Rothenberger und Regierungsrat Wullschleger an einer Volksversammlung im Gundeldingerquartier.²⁰³ Die Handelskammer sprach sich gegen das Monopol aus. Mit Ausnahme des St. Albanquartiers (samt der Breite) stimmten alle Quartiere dem Gesetz zu (9089 Ja, 3777 Nein).²⁰⁴ Mit der Annahme durch das Schweizervolk war die Grundlage geschaffen, auf der sich das Basler Gesetz für die obligatorische Krankenversicherung ausarbeiten liess. Am 12. Juni 1913 wurde der Entwurf an eine Grossratskommission gewiesen. Die freisinnigen Ärzte, Regierungsrat Aemmer, Dr. Dietrich und Dr. Wormser, sprachen vor den Quartiervereinen über die Öffentliche Krankenkasse.²⁰⁵ Die Freisinnigen waren über die Fassung des Regierungsrates und diejenige der Kommission geteilter Meinung. Die von den Sozialdemokraten und den Katholiken unterstützte Kommissionsfassung erhielt deshalb mehr Stimmen.²⁰⁶

Die Quartiervereine, der Centralverein und namentlich die Jungfreisinnige Vereinigung beantragten dem Parteiausschuss im März 1905, eine Revision des

²⁰² Grosser Rat 16.12.09

²⁰³ 25.1.12

²⁰⁴ 7.2.12 Kantonsblatt 1. Quartal Nr. 11, S. 70

²⁰⁵ 2.-12.12.13

²⁰⁶ Grosser Rat 18.12.13

FREISINNIG-DEMOKRATISCHE PARTEI BASEL-STADT

Programm

der

freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Basel-Stadt.

Vom Parteitag beschlossen am 9. März 1914.

Allgemeine Grundsätze.

Die freisinnig-demokratische Partei des Kantons Basel-Stadt, die ein Glied der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz bildet, bezweckt die demokratisch - fortschrittliche Entwicklung der Institutionen des Bundes und des Kantons sowie die Förderung der Volkswohlfahrt auf dem Boden der Freiheit und Gerechtigkeit.

Als Ziel der staatlichen Entwicklung erstrebt sie eine Volksgemeinschaft, in welcher die einzelnen Persönlichkeiten sich möglichst **frei bewegen** und **ihre Kräfte frei entfalten** können, alle aber durch ein **starkes Zusammengehörigkeitsgefühl** miteinander verbunden sind.

Sie bekämpft alle Bestrebungen, die auf geistige Bevormundung oder auf Einschränkung der persönlichen Freiheit durch unnötige staatliche Massnahmen gerichtet sind. Ebenso bekämpft sie alle Tendenzen, die auf eine Verschärfung der konfessionellen oder Klassengegensätze abzielen. Sie sucht eine **friedliche Ausglei chung der sozialen Gegensätze** herbeizuführen durch eine kräftige, aber mit den schweizerischen Verhältnissen rechnende Sozialreform; der einseitigen Verfechtung von Klasseninteressen stellt sie den Grundsatz der **Solidarität der Interessen des ganzen Volkes** entgegen.

Aufgaben der nächsten Zeit.

Als eine Hauptaufgabe der nächsten Zeit betrachtet die freisinnig-demokratische Partei die **Revision des Schulgesetzes**, deren Ziel sein muss, unsere Schulen in den Stand zu setzen, besser und solider als bisher die Jugend auf das Leben vorzubereiten und die jungen Leute zu tüchtigen, pflichtbewussten Bürgern heranzubilden.

In der **Rechtspflege** ist eine zeitgemässere Gestaltung des Strafrechts und des Strafprozesses notwendig.

Auf dem Gebiete des **Gesundheitswesens** harret das grosse Werk der öffentlichen Krankenkasse seiner Durchführung. Auch sonst hat der Staat hier noch mancherlei Pflichten (Erstellung von Bädern, intensivere Bekämpfung der Volkskrankheiten, namentlich der Tuberkulose, Erleichterung der zahnärztlichen Behandlung für die Schüler und die unbemittelten Erwachsenen usw.).

Mit dem Gesundheitswesen im Zusammenhange stehen die **Strassenkorrekturen**. Sie sollen mehr Licht und Luft schaffen, ausserdem aber namentlich auch den Verkehr erleichtern. Es ist anzustreben, dass gewisse beschlossene und dringend notwendige, aber noch nicht in Angriff genommene Korrekturen bald durchgeführt, die bereits begonnenen vollendet werden.

Die Lage des **Staatshaushaltes** macht Einfachheit und Sparsamkeit in der Verwaltung zur Pflicht. Die notwendige Vermehrung der Einnahmen ist vor allem in einer **verbesserten**, die Interessen der ehrlichen Steuerzahler schützenden **Steuerkontrolle** zu suchen, nicht in einer Steuererhöhung.

Im **wirtschaftlichen Leben**, wo zurzeit vielfach über Stockung geklagt wird, wäre es unrichtig, alles Heil vom Staate zu erwarten. Durch Selbsthilfe kann vieles gebessert werden. Immerhin hat der Staat gewisse Aufgaben zu erfüllen. Vor allem muss er sich hüten, die wirtschaftliche Tätigkeit allzu sehr durch Reglementierung einzuengen. Als positive Aufgaben, die in der nächsten Zeit zu lösen sein werden, sind zu nennen die Förderung der Rheinschiffahrt, insbesondere die **Anlegung eines leistungsfähigen Rheinhafens**, und die **Regelung des Submissionswesens**.

Hemmend auf das wirtschaftliche Leben wirkt die Kleinheit unseres Kantonsgebietes. Um diese Hemmungen zu überwinden, ist es notwendig, gewisse Aufgaben gemeinschaftlich mit unseren Nachbargemeinden und mit dem Kanton Baselland durchzuführen. Dieses **Zusammenarbeiten mit unserer basellandschaftlichen Nachbarschaft** wird eine praktische Vorbereitung der späteren politischen Wiedervereinigung sein. Die freisinnig-demokratische Partei wird überhaupt alle Bestrebungen zur Herbeiführung der **Wiedervereinigung** von Stadt und Land kräftig unterstützen.

Vor schwierige Aufgaben sind wir gegenwärtig in Basel wie anderwärts gestellt durch die **sozialen Verhältnisse**. Die freisinnig-demokratische Partei anerkennt rückhaltlos das allen Klassen zustehende Recht, sich zur Verfechtung ihrer Interessen zu organisieren. Sie nimmt aber mit aller Entschiedenheit Stellung **gegen den Klassenkampf** in seiner Theorie und seiner Praxis. Sie tut dies in der festen Ueberzeugung, dass ein vernünftiges und friedliches Zusammenarbeiten von Arbeitern und Arbeitgebern die Interessen beider Teile am besten fördert, während die gegenseitige Bekämpfung beide schwer schädigt. Sie verlangt strikte **Neutralität der Behörden** in wirtschaftlichen Kämpfen und rechnet zu dieser Neutralität den **wirksamen Schutz der Arbeitswilligen** bei Streiken. Sie verurteilt ebenso terroristischen Missbrauch des Koalitionsrechtes wie Versuche, dieses Recht illusorisch zu machen. Stete Aufmerksamkeit haben die Behörden der infolge **Arbeitslosigkeit** entstehenden Not zu widmen, die durch Beschaffung geeigneter Arbeit und durch Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung zu bekämpfen ist.

Nicht aus den Augen verlieren dürfen wir die Frage, wie der Gefahr der Ueberfremdung zu wehren sei. Diese Frage kann freilich nur auf eidgenössischem Boden richtig gelöst werden. Alle Bestrebungen, die auf eine baldige, durchgreifende Lösung der **Ausländerfrage** abzielen, sind im Interesse des Schutzes der schweizerischen Unabhängigkeit und Eigenart energisch zu unterstützen.

Steuergesetzes in das Arbeitsprogramm der Freisinnig-demokratischen Partei aufzunehmen. Die Forderungen waren: progressive Erhöhung der Erbschaftssteuer für entferntere Grade und höhere Erbsummen, Abstufung der Einkommenssteuer nicht nur nach der Höhe des Einkommens, sondern auch nach der Zahl der aus einem Einkommen Lebenden, Gewinnzuwachssteuer aus dem Verkauf von Liegenschaften.²⁰⁷ Im Arbeitsprogramm der Freisinnig-demokratischen Partei erschienen diese Postulate noch nicht. Das erste und das dritte Postulat wurden erst 1908 ins Parteiprogramm aufgenommen.²⁰⁸

Im gleichen Jahr hatte der Grosse Rat über die Progression der Erbschaftssteuer zu entscheiden. Freisinnige und Sozialdemokraten setzten sie als Grundsatz durch.²⁰⁹ Der Vorschlag der Regierung, 20% Steuerzuschläge zu erheben – die Liberalen und die Katholiken waren für Rückweisung, die Sozialdemokraten für Eintreten –, kam auf Antrag der Freisinnigen an eine Kommission und wurde schliesslich auf 10% gestutzt.²¹⁰

Auch die Zuschläge zur Handänderungssteuer und die Besteuerung des Liegenschaftsgewinns halfen die Freisinnigen gegen die Konservativen durchsetzen.²¹¹ Der Antrag Schäppis, den Steuersatz bei Einkommen von mehr als Fr. 20 000.– von 5 auf 6% zu erhöhen, wurde aber abgelehnt.²¹² Das neue Gesetz fand in der Volksabstimmung vom 18. Juni 1911 keine Gnade. Der sozialdemokratischen Initiative auf Abschaffung der Strassenreinigungssteuer hingegen traten die Freisinnigen und die Liberalen entgegen.²¹³

In Steuerfragen erstrebten die Freisinnigen, getrieben von den Jungfreisinnigen, eine stärkere Belastung der grösseren Einkommen und Vermögen, lehnten aber die Übertragung privater Lasten auf den Staat ab, soziale Reformen unterstützend, staatssozialistische Forderungen bekämpfend.

Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei in grundsätzlichen Fragen

Nach dem grossen Erfolg bei den Grossratswahlen von 1905 setzten die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften zum verstärkten Klassenkampf an. Eine nicht abreissende Kette von Streiks rief den immer härter werdenden Widerstand der Arbeitgeber wie der Liberalen Partei und der Fortschrittlichen Bürgerpartei hervor. Die Freisinnig-demokratische Partei stand anfänglich – wie in den vorangehenden Jahrzehnten – zwischen den beiden Exponenten, verstand die For-

²⁰⁷ Jungfreisinnige Vereinigung an PA 11.3.05; Centralverein an PA 23.3.05; Verein der Freisinnigen Kleinbasels an PA 25.3.05

²⁰⁸ PA 5.3.08

²⁰⁹ Grosser Rat 5.3.08

²¹⁰ Grosser Rat 2.7., 17.12.08; 2.3.11

²¹¹ Grosser Rat 27.5.09

²¹² Grosser Rat 19.1.11

²¹³ Grosser Rat 23.5.12

derungen der Arbeiter, lehnte aber ihre Methoden ab. Nach und nach näherte sie sich dem Standpunkt der Rechtsparteien; die sozialdemokratischen Angriffe auf das Militär förderten in ihr als nationaler Partei die Bereitschaft, sich mit den Rechtsparteien zu einem bürgerlichen Block zusammenzuschliessen.

Im April 1905 brach der grosse Streik im Baugewerbe aus: Nacheinander legten Schlosser, Zimmerleute, Schreiner, Spengler, Maurer, Handlanger, Küfer, Metallarbeiter, Coiffeur- und Buchbindergesellen die Arbeit nieder. Sie forderten höhere Löhne und den Neun-Stunden-Tag. Die Polizei musste die Arbeitswilligen vor den Streikenden schützen, gestattete aber den Streikenden, Vierergruppen als Streikposten aufzustellen. Misshandlungen liessen sich nicht vermeiden. Der Baumeisterverband schloss alle Betriebe, und die Generalversammlung des Schweizerischen Baumeisterverbandes empfahl als Druckmittel die Schliessung aller Bauplätze der Verbandsmitglieder in der ganzen Schweiz.²¹⁴ Als die zweiten schiedsgerichtlichen Verhandlungen am 23. Mai scheiterten, bot die Regierung Militär auf.

Da legte die Firma Scherrer, die grösste Bauschreinerei Basels, aber nicht Mitglied des Baumeisterverbandes, mit ihren Zimmerleuten und Schreibern den Streik bei. Das Einigungsamt protokollierte den Neuneinhalb-Stunden-Tag und die erhöhten Anfangs- und Durchschnittslöhne. Auf den 5. Juni hob der Baumeisterverband die Aussperrung auf; die Regierung verbot Ansammlungen und entliess das Militär, und im Verlauf der Sommer- und Herbstmonate schlossen die einzelnen Streikgruppen mit ihren Arbeitgebern Frieden. Die National-Zeitung berichtete recht arbeiterfreundlich über die Vorgänge im Lager der Streikenden, und die freisinnig-demokratischen Grossräte enthielten sich der Interpellationen; es waren Sozialdemokraten und Liberale, die sie einreichten.²¹⁵

Sie durchbrachen aber ihre Zurückhaltung, als im Juli die Strassenbahnangestellten – wegen Entlassung eines Angestellten und wegen «Härten und Willkür der Betriebsleitung» – in den Ausstand traten. Die National-Zeitung beharrte darauf, wer ohne Kündigung streike, werde schadenersatzpflichtig. Mit aller Schärfe nahm sie den «Vorwärts» aufs Korn: Es sei «eine förmliche Tendenz vorhanden, zersetzend und auflösend zu wirken . . . Wer es unternimmt, die Klassengegensätze auszuprägen und zu schärfen, wer das Pflichtbewusstsein der Verpflichteten schwächt und aufzuheben sucht, wer – weil er die bestehenden Gesetze nicht abzuändern vermag – zum Ungehorsam gegen sie ermuntert und aufruft, der muss sich sagen lassen, dass er die Grundlagen der bestehenden staatlichen und sozialen Ordnung zerstört, ohne eine andere an ihre Stelle zu setzen, und wer dies in einer Demokratie tut, wo gesetzliche Normen für die Entwicklung der staatlichen und sozialen Ordnung bestehen, der ist kein Demokrat, selbst dann nicht, wenn er Sozialdemokrat ist. Das muss sich der Vorwärts gesagt sein lassen.» Das freisinnige

²¹⁴ NZ 14.5.05

²¹⁵ Grosser Rat 18.5., 13.7.05

Blatt forderte einerseits Strafbestimmungen gegen fehlbare Beamte und Angestellte und andererseits Einrichtungen, welche den Staatsangestellten und -arbeitern die gerechte Erledigung ihrer Beschwerden gewährleisteten.²¹⁶

Ständerat Scherrer sprach im Grossen Rat, als die Regierung ihren Bericht über den Strassenbahnerstreik vorlegte, den Staatsangestellten das Streikrecht ab, verlangte Disziplin von ihnen. Ebenso äusserte sich der Konservative Vischer; beide rügten die Regierung, weil sie für die Streiktage den Lohn ausbezahlt hatte. Sozialdemokraten und Katholiken beharrten auf dem Streikrecht der Staatsangestellten. Die Regierung schlug die Schaffung beständiger Arbeiterausschüsse vor, und der Grosse Rat stimmte zu.²¹⁷ Im November forderte der katholische Grossrat Feigenwinter Massnahmen der Regierung gegen Aussperrungen und Streiks.²¹⁸

Die Streiks der nächsten Jahre führten zu Auseinandersetzungen um den § 164 des Polizeistrafgesetzes, der die Aufforderung zum Streik mit Haft bestrafte. Schon 1904 hatte der Sozialdemokrat Arnold den Antrag auf Aufhebung gestellt, aber ohne Erfolg.²¹⁹ Nun reichten einige Sozialdemokraten ein Initiativbegehren auf Aufhebung des § 164 ein. Der Grosse Rat erklärte es als unerheblich.²²⁰ Der freisinnige Parteitag lehnte die Initiative ab; er befürwortete die Beibehaltung des Paragraphen. Dr. O. Schär und die Jungfreisinnigen hätten zwar in leichteren Fällen lieber Geldbussen statt Haftstrafe gesehen.²²¹ Das Volk erklärte die Initiative in allen, sogar in den Arbeiterquartieren, eindeutig als unerheblich (7392 Ja, 3069 Nein).²²²

Die National-Zeitung besprach die Abstimmung in vermittelndem Sinn: «Seit Jahren schon haben wir an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, dass Streiks und Aussperrung unmöglich als der menschlichen Weisheit letzter Schluss im modernen Rechts- und Kulturstaat angesehen und anerkannt werden dürfen, sondern dass sie Notbehelfe sind und Zeichen einer unvollkommenen und unfertigen staatlichen Entwicklung. Immer und immer wieder haben wir klarzulegen versucht, dass der Staat als Träger der Rechtsordnung unmöglich ein Element der Selbsthilfe in seinem inneren Leben dulden könne, das einen so gewaltigen brutalen Charakter hat wie Streik und Aussperrung. Aus dieser Erkenntnis erwächst dem Staat die Aufgabe, Einrichtungen und Anstalten zu treffen, um diese der Rechtsordnung und dem Rechtsgefühl gleich schädliche Selbsthilfe auszuschalten oder doch nach Möglichkeit zu bekämpfen und einzuschränken. Unsere Leser wissen, dass dies schon seit Jahren unser 'ceterum censeo' in dieser Frage ist.»²²³

²¹⁶ NZ 27.7.05

²¹⁷ Grosser Rat 12.10.05

²¹⁸ Grosser Rat 23.11.05

²¹⁹ Grosser Rat 13.10.03: s. S.108

²²⁰ Grosser Rat 4.6.07

²²¹ PT 30.8.07

²²² 9.9.07 Kantonsblatt 1907 II S. 434

²²³ NZ 12.9.07

Die Jungfreisinnigen hingegen waren über den Ausgang der Abstimmung enttäuscht; sie befürchteten eine Verhärtung der bürgerlichen Haltung: «Eine unerfreuliche Folge der Abstimmung wird sich wohl darin zeigen, dass das Resultat die unkritischen, scharfmacherischen Elemente der bürgerlichen Parteien blendet und dadurch eine entschieden demokratische und sozialpolitische Tätigkeit auch in der Freisinnig-demokratischen Partei gefährdet. Da wird es die Aufgabe der Jungfreisinnigen Vereinigung sein, der Partei den Weg zur fortschrittlichen Politik zu zeigen oder ihn selbst zu gehen.»²²⁴

Wirklich kam es im Färberstreik des Jahres 1913, wo zwei Kompagnien des Füsilierbataillons 97 auf Pikett gestellt worden waren, dazu, dass einzelne Polizisten die blanke Waffe zogen; im Streik bei Affolter-Christen (Januar 1914) schlugen einige weitere Polizisten mit den Fäusten drein. Als sich der Sozialdemokrat Dr. Franz Welti im Grossen Rat gegen die Ausschreitungen der Polizei beschwerte und sein Fraktionskollege Dr. Hauser den Antrag stellte, die Regierung solle in Zukunft provokatorische Massnahmen der Polizei verhindern, lehnten die Fortschrittliche Bürgerpartei, Liberale, Katholiken und Freisinnige samt den Jungfreisinnigen den Antrag ab.²²⁵ Die Front zwischen den Bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratischen Partei war errichtet.

²²⁴ Jungfreisinnige Vereinigung 20.9.07

²²⁵ Grosser Rat 29.1.14